

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: F. 1. Berlin 5481, Tel. Adr.: Kottb. Berlin Berl. Verlags- u. Zeitungsverlag G.m.b.H., Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin 938 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inferat“, Allgemeine Anzeigen-Expedition G. m. b. H., Berlin W 8, Schillingstraße 1, Telefon: 61 22 1225/26, Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 50 Pf., monatl. 1,50 M., einjähr. 18 M., in Berlin u. Orten mit eig. Anst. Postbezugs einjähr. 18 M., 3.50 M., Einzelband im Ausland 4.20 M., n. b. Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 1. Zeile 2000 Zeichen, 2. bis 4. Zeile 1500 Zeichen, 5. bis 8. Zeile 1000 Zeichen, 9. bis 12. Zeile 750 Zeichen, 13. bis 16. Zeile 500 Zeichen, 17. bis 20. Zeile 250 Zeichen, 21. bis 24. Zeile 125 Zeichen, 25. bis 28. Zeile 62,5 Zeichen, 29. bis 32. Zeile 31,25 Zeichen, 33. bis 36. Zeile 15,625 Zeichen, 37. bis 40. Zeile 7,8125 Zeichen, 41. bis 44. Zeile 3,90625 Zeichen, 45. bis 48. Zeile 1,953125 Zeichen, 49. bis 52. Zeile 976,5625 Zeichen, 53. bis 56. Zeile 488,28125 Zeichen, 57. bis 60. Zeile 244,140625 Zeichen, 61. bis 64. Zeile 122,0703125 Zeichen, 65. bis 68. Zeile 61,03515625 Zeichen, 69. bis 72. Zeile 30,517578125 Zeichen, 73. bis 76. Zeile 15,2587890625 Zeichen, 77. bis 80. Zeile 7,62939453125 Zeichen, 81. bis 84. Zeile 3,814697265625 Zeichen, 85. bis 88. Zeile 1,9073486328125 Zeichen, 89. bis 92. Zeile 953,67431640625 Zeichen, 93. bis 96. Zeile 476,837158203125 Zeichen, 97. bis 100. Zeile 238,4185791015625 Zeichen.

Zwei Antifaschisten von der Schupo erschossen / Siehe im Blatt

Hungertumulte in der „Glends-allee“

Erwerbslosen in der Kälte — 20 Kilometer zu Fuß in schlechten Schuhen und Kleidern — Die Schuld der SPD. Grzejinski verbietet Erwerbslosent Konferenz — Kämpft mit Thälmann für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD!

„Hungerpalast“ und „Zuchthaus“ nennen die Erwerbslosen das neue Arbeitsamt Südost-Süd in der Sonnenallee in Neukölln, vor dem sich täglich Tausende und aber Tausende von Erwerbslosen in der bitteren Kälte stauen. Unbeschreiblich sind die Szenen, die in den letzten drei Tagen sich vor diesem Arbeitsamt abspielten.

Die Sozialdemokratie trägt die volle Verantwortung für diese barbarische Behandlung der erwerbslosen Frauen und Männer. Ihre RotverordnungsPolitik, die preussische Sparbilikatur nötigt die 120 000 Erwerbslosen von Neukölln, Kreuzberg, Schöneeweide, Treptow und Köpenick, dieses Arbeitsamt aufzusuchen.

In den nächsten Tagen soll noch das Arbeitsamt Südost-Süd einziehen. Die Zustände, die sich bei der Tätigkeit des Arbeitsamtes Südost im neuen Gebäude entwickeln, sollen dadurch noch verheerender werden!

Die Erwerbslosen müssen Tagesstrecken von 20 bis 25 Kilometer machen, um ihre tägliche Unterstützung abholen zu können. Erwerbslose Frauen standen in der bitteren Kälte 6½ Stunden — von 6.30 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags — und brachen in den dünnen Kleidern und untererwärtet zusammen, infolge Erschöpfung. Am ersten Tag gab es 35 ohnmächtige Frauen, am zweiten Tag mehr als 50 Zusammengebrochene. In den Sanitätsstellen schritten die Einrichtungen. Über es gibt Gefangenenzellen für „renitente“ Erwerbslose!

Auf dem Turm des Gebäudes ist die Grzejinski-Polizei stationiert. Als unter dem Andrang der Hungernden und Frierenden, die warteten, die Fenster und Glasüren eingebrochen wurden, ging die Polizei mit dem Gummiknüppel gegen die Erwerbslosen vor.

Infolge der Ueberfüllung mußten die Erwerbslosen die Schalterräume, zu denen nur durch einen Drehstuhl Zugang ist, durch die Fenster verlassen. Am ersten Tag wurden 28, am zweiten

Tag 26 Fahrräder den armen Erwerbslosen gestohlen, weil es noch keine Unterstellmöglichkeit für Fahrräder gibt.

Der „Vorwärts“ besitzt die Freiheit, in seiner gefälschten Abendausgabe die SPD reinwaschen zu wollen. Die SPD hat diesen Bau betrieben und gepriesen. Die SPD ist auch gegen die Freifahrtsscheine der Erwerbslosen für die Fahrt zu diesem Arbeitsamt aufgetreten. Die SPD hat auf den kommunistischen Protest geantwortet, daß sie dieses neue Arbeitsamt als eine „große Wohltat für die Arbeitslosen“ durch ihren Stadtrat Lude loben ließ. Die SPD kommandiert die Polizei, die draußen in der Glendsallee gegen die Erwerbslosen mit den blaugestrichenen Händen und Füßen eingeseht wurde.

Der „Vorwärts“ schreibt gestern morgen: „Natürlich waren die Arbeitslosen wütend politischen Debatten ausgelegt, sogar ein frühgedrucktes Flugblatt gegen die SPD heraus.“

Das sagt der „Vorwärts“ zu schreiben, der selbst ja gehen muß, daß das Forttragen ohnmächtiger Frauen und Mädchen kein Ende nehmen sollte.

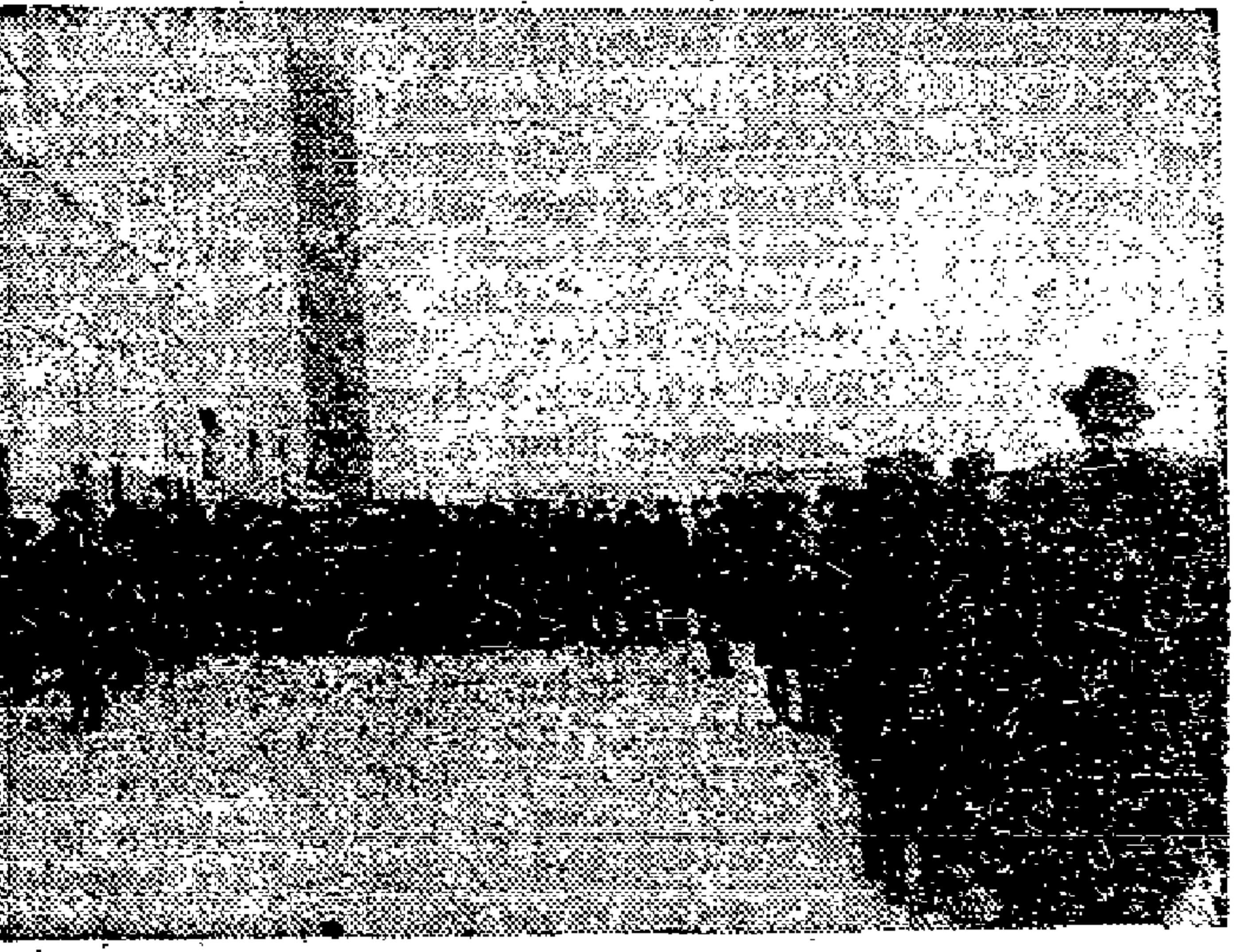
Es ist nur eine Ergänzung der NotverordnungsPolitik der SPD und Senats, die die Erwerbslosen in der Glendsallee zu spüren bekommen, wenn der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzejinski gestern die Groß-Berliner Erwerbslosenfunktionärskonferenz in Boetters Festsaal erneut verboten hat!

Diese himmelschreienden Zustände in Neukölln unter der Sparbilikatur sollen durch den vorbereiteten neuen Angriff auf die Erwerbslosenversicherung noch mehr verschlimmert werden.

Es hilft nur eins dagegen: Der Kampf der Erwerbslosen mit den Betriebsrätern unter der Führung der KPD, und der KPD, zu schaffen, in breiter Front für die sofortige Beilegung der Mißstände an den Arbeitsämtern, für Freifahrtsscheine der Erwerbslosen, für anstehende höhere Unterstützungen, für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der Kommunistischen Partei zu kämpfen.

Ernst Thälmann ist der rote Kandidat aller Erwerbslosen, der sie zu diesem Kampfe ruft!

Arbeitsamt Südost



Seit wann sind wieder Arbeiterdemonstrationen in Berlin erlaubt? Seit wann dürfen die Proletarier wieder in Massen durch die Straßen gehen? Diese verwunderte Frage drängt sich jedem auf, der in diesen Tagen durch Neukölln geht. Zu Tausenden ziehen die Erwerbslosen am Ringbahnhof Kaiser-Friedrich-Straße vorbei. Zu Tausenden versammeln sie sich täglich vor einem Haus in der Sonnenallee.

Demonstration? O nein! Hier werden jede Woche 120 000 Menschen von dem sozialdemokratischen Koalitionsmagistrat gezwungen, bis 25 Kilometer lange Märsche mit zerstückelten Kleidern, mit löchrigen Schuhen zu machen, um ihre paar Pfennige Unterstützung zu holen. Und wenn sie vor dem Arbeitsamt angekommen sind, diese Erwerbslosen, deren körperlicher Zustand ebenso jämmerlich ist wie ihre Kleidung, dann heißt es fünf bis sieben Stunden warten. Draußen warten, unter freiem Himmel! Denn es sind ja nur 3 bis 5 Grad Kälte!

Es weht über das öde, unbebaute Gelände ein eisiger Wind. Fünfzig Frauen sind gestern dort halberfroren zu kammerngebrochen. Jede Stunde Ohnmachtsanfälle. Jede Stunde fällt einer auf den Boden mit Herzkrämpfen. Jede Stunde fallen sie vor Hungerwut um. Unbeschreibliches Gedränge. So werden Epidemien erzeugt.

Der Leiter des Arbeitsamtes Südost erklärt: „An eine Behebung dieser Zustände ist vorläufig nicht zu denken.“

Da habt ihr das wahre Gesicht Deutschlands 1932! Das ist die kapitalistische Barbarei! Während in Berlin 36 000 gewerbliche Räume leerstehen — eine Folge des Mittelstandsrüin —, während auf dem Kurfürstendamm kaum ein Haus ist, das nicht seine Burettagen zur Vermietung anbietet, während in den Kiesenhochhäusern in allen Teilen Berlins Tausende von Quadratmeter unbenutzt sind — unterdessen jagt man ein Heer von 120 000 in Winterkälte, Regen, Schnee und Wind von den entlegenen Bezirken von Kreuzberg und Schöneeweide, von Treptow und Brig, von Rudow und Baumhulstweg her in stundenlangen Märschen zusammen. Man gibt ihnen keine Freifahrt, man gibt ihnen keine Warterräume. Nie behandelt man besser. Nichts klappt, nichts funktioniert; nur eins ist auf der Höhe: die Polizei!

Strategische und Notverordnungs-Rücksichten haben das Arbeitsamt in der Sonnenallee entstehen lassen. Es muß gesparrt werden! Natürlich nicht auf Kosten des Reichswehr-

Berliner Kriegslieferungen an Japan

Maschinengewehrschlösser von Germania-Reinickendorf, Feldtelefone von AGG-Kabelwerk Oberspre und Minenwerfer von Büssch — Keinen Hammerschlag für Kriegsproduktion

Den roten Arbeiterkorrespondenten Berlins sind soeben wichtige Enthüllungen über die direkte Unterstützung der japanischen Krieger durch die Herren der Berliner Metallindustrie gelungen. Im Betrieb Germania-Reinickendorf ist in diesen Tagen eine japanische Kommission erschienen und hat größere Bestellungen aufgegeben. Es werden Maschinengewehrschlösser in außerordentlich hoher Zahl gefertigt.

Auch das AGG-Kabelwerk Oberspre, das jederzeit auf Granaten, Mörser und Artilleriefabrikaten umstellbar ist, hat sich des blutigen Kriegsgeschäfts bemächtigt. Feldtelefonegeräte werden gefertigt und sehr viele Feldtelefone nach Shanghai geliefert.

Der Betrieb Büssch-Gartenstraße stellt Minenwerfer für Japan her. Im Berliner Betrieb von Büssch werden Regler und Spannungen für Unterseebootsperpedos und Granatzündungen hergestellt, ebenfalls nach Japan.

In alle Betriebe ergeht unser Ruf: Nehmt überall in Beleg-

schaftsversammlungen Stellung zu der schändlichen Profitgier der deutschen Kapitalisten, die durch ihre Lieferungen an die japanischen Banditen, die China bekriegen und die Sowjetunion überfallen wollen, den Beginn eines neuen Weltgemegels unterstützen. Alle Belegschaften aus zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg!

Kein Hammerschlag, kein Fellenkrieg, keine Mißtroummel darf zur Herstellung von Waffen und Munition und chemischen Kriegsprodukten geführt werden! Verhindert jeden Transport! Verweigert die Verladung von Munition und Sprengstoff!

Kein Eisenbahnwagen, kein Automobil, kein Schiff mit Kriegsmaterial für die Imperialisten darf eine Fabrik, einen Bahnhof, Aufschalten oder Hafen verlassen. Laßt euren Willen gegen die imperialistischen Kriegsentwickler zur Tat werden. Das ist die beste Klassenheldbarkeit mit dem chinesischen und dem Sowjetproletariat! So heißt ihr, den drohenden Weltkrieg verhindern.

Heute abend im Sportpalast! Kundgebung gegen den neuen Weltkrieg, für den einzigen Friedenskandidaten Ernst Thälmann!

etats, natürlich nicht an den Subventionen für die Großbankiers, an den Großgütern und ihren industriellen Kumpanen, sondern an den Arbeitslosen! So wollen es die Nationalsozialisten! Darum feuert man die Angestellten der Arbeitsämter hinaus, darum legt man diese zusammen, darum müssen zehntausende tagtäglich Hungermärsche antreten und vor dem Reichsjugendhaus graufame Kältequalen erdulden. Diese Zustände in der Sonnenlebenshalle gehören zu den Notverordnungen wie Weis zu Berlin.

Darüber sich schamlos aufzuregen, steht denen schlecht an, die an alledem schuld sind. Wer hat denn in der Reichstags-Sitzung den kommunistischen Antrag gegen den Bau der neuen Stempelhalle niedergestimmt? Wer hat das neue Arbeitsamt als große Wohltat für die Arbeitslosen ausgemalt? Das war und ist die SPD!

Der Plan zu dem Bau geht von niemandem anders aus, als von dem Sozialdemokraten Jabel, dem Vorsitzenden des Arbeitsamts Südbot und Mitglied des Bundesausschusses des ADGB. Er fand dabei die Unterstützung aller sozialdemokratischen Stadträte von Reichsland. Das sind die Schuldigen. Die Schuldigen sind auch bei den Nazis, deren Vertreter in der Reichstags-Sitzung den Antrag gegen den Bau der neuen Stempelhalle nicht erlaubten, die Dinge zu beschleunigen. Die Krotobildstrassen, die die Herren jetzt verfechten, werden ihre Schuld nicht abwenden, und die Spekulation auf das kurze Gedächtnis geht fehl.

Meint ihr, die Erwerbslosen wüßten nicht, daß man sie aus dem Reichsbild der Stadt entfernen und sie jenseits der Stadtgrenzen verbannen will? Durch die Zusammenlegung der Arbeitsämter sollen nicht nur die Sparmaßnahmen der Notverordnung durchgeführt, sondern gleichzeitig die Konzentration des Arbeitsapparates gegen die Arbeitslosen durchgeführt werden. Die Verantwortlichen im sozialdemokratischen Koalitionsausschuss und in den übergeordneten, ebenfalls sozialdemokratischen Stellen vergessen nur eins: daß sie selbst mit ihren Spar- und Notverordnungsmaßnahmen immer neue Kommunisten erziehen.

Unter den 120.000, die da warten, sind zehntausende Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zehntausende, die sich bei ihren Brüningkongressen, vor allem bei dem ADGB-Kongress für die Lungentrankeit bedanken können, die sie sich vor dem Stempelhaus holen. Zehntausende, denen die für den Notverordnungsplan verantwortlichen ADGB-Führer jetzt einen Krisenkongress mit ausschließlich linken Kongressen zu bieten wagen.

Diese Zusammenlegung des sogenannten Krisenkongresses ist ein Schlag ins Gesicht für alle arbeitenden und arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder. Er ist die Gewähr dafür, daß daraus nichts anderes herauskommt als ein neuer Kniefall vor der Notverordnungsregierung und vor Hindenburg, dem Präsidenten der Arbeitsämter der ADGB-Führer.

Arbeit und Brot für die Erwerbslosen! Niemals wird das von den sozialdemokratischen Brüning-Stützen beschafft werden. Niemals werden sie für die Zurückführung des Lohnabbaus durch die Notverordnung kämpfen. Denn sie selbst haben ja allen Notverordnungen zugestimmt und alle Anträge gegen die Notverordnungen abgelehnt. Niemals werden sie für die Streikung aller Ausgaben für Volkseinkauf, Reichswehr und die Kirchen, niemals für die Millionensteuer stimmen. Denn sie selbst sind ja die Nutznießer dieses durch Reichswehr und Polizei geschützten Systems.

Aber was haben die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter mit den Interessen der ADGB-Kongresse zu tun? Nichts! Darum müssen sie selbst auf den Plan treten, um in außerordentlichen Gewerkschaftsversammlungen ihre proletarischen Delegierten und keine an kapitalistischen Interessen orientierten Kongresse zu wählen. Darum sollen alle, nicht nur die von der Stempelhalle Sonnen-Ärger, begreifen, daß sie nur durch Kampf ihr Elend lindern, aber ohne Kampf auch nicht die geringste Verbesserung erreichen können.

Solange es ein kapitalistisches System gibt, solange werden Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem die Jungarbeiter in Deutschland, außerhalb jeder Arbeitsmöglichkeit sein. Erst das freie sozialistische Arbeiterland wird Arbeitsmöglichkeiten für alle schaffen. Erst Arbeiterdeutschland wird ein für allemal aufräumen mit den himmelstreichenden Zuständen, wie sie beim Arbeitsamt Berlin-Südbot und in ganz Deutschland üblich sind. Arbeiterdeutschland ist die Lösung der roten Front, die mit Thälmann markiert.

Ihr alle gehört in ihre Reihen!

7000 im Thälmann-Aufgebot

Glänzendes Werbeergebnis der SPD. Niederrhein

Düsseldorf, 1. März. Zur Massenmobilisierung für die Reichspräsidentenwahl hat die SPD. Bezirk Niederrhein ein großes Thälmann-Aufgebot durchgeführt, das mit dem Tage der gewaltigen Massenkundgebung in Düsseldorf beendet war. In diesem Abend konnte dem Führer der kommunistischen Partei das folgende Resoluto übergeben werden:

Über 7000 neue Parteimitglieder darunter über 2000 neue Betriebsarbeiter.

Allein am letzten Sonntag wurden im Bezirk Niederrhein 1415 neue Parteimitglieder geworben, darunter 450 Betriebsarbeiter.

Kandidat 4 wird gewählt!

Ernst Thälmann ist der Kandidat der Werktätigen in Stadt und Land

Der amtliche Stimmzettel für die Reichspräsidentenwahl enthält die Namen von fünf Kandidaten, und zwar in folgender Reihenfolge: 1. Brüning, 2. Hindenburg, 3. Hitler, 4. Thälmann und 5. Betriebsanwalt Winter, der Mann, mit dem wir gekämpft haben. Die Kandidatur Winters ist wohl nur als ein komischer „Betriebsaufsatz“ der Hindenburgrepublik zu betrachten. Die Kandidaten 1 bis 3 sind die Kandidaten des Finanzkapitals, der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, des Faschismus. Die werktätigen Massen in Stadt und Land geben ihre Stimme dem Kandidaten Nr. 4, Ernst Thälmann, dem Kandidaten der Arbeiterklasse, der als einziger den Kampf gegen das kapitalistische System und für ein freies sozialistisches Arbeiterland führt.

Ostern 1932 Reichs-Jugendtag

Werktätige Jugend Deutschlands! Heraus zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg!

Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Gegen die Kandidaten des imperialistischen Krieges und der faschistischen Reaktion von Hindenburg, Hitler, Severing!

Für den Arbeiterkandidaten der roten Einheitsfront: Thälmann!

Severing-Polizei erschießt 2 Proletarier

Zusammenstoß zwischen Nazis und Arbeitern — Polizei greift ein — Eine Arbeiterin und ein Arbeiter getötet — Das ist die Politik der „Eisernen Front“!

Königsberg, 2. März. (Stg. Drahtber.) In Kantenwalde bei Königsberg überfielen nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung Hitlerbanden die proletarische Bevölkerung. Landjäger und ein Zug der Schutzpolizei waren zur Stelle und machten vor der Schutzwaffe gegen die Arbeiter Gebrauch. Eine Arbeiterin aus Kantenwalde und ein Arbeiter wurden getötet. Außerdem gab es mehrere Verletzte. Näherer Bericht steht noch aus.

Hans Süder, der im roten Norden Berlins von Grzesinski Schupo erschossen wurde, liegt noch nicht unter

der Erde, und schon kommt die Nachschicht aus Ostpreußen, daß wiederum zwei Proletarier in Severingpreußen ihren Abwehrkampf gegen den Faschismus mit ihrem Leben zahlen mußten. Wir lenken unsere roten Kampfkraften vor den neuen Opfern der „Eisernen Front“ und geloben, daß ihr Lob nicht vergessen werden. Unsere erschossenen Klassen-genossen sind uns eine erste Mahnung, noch leidenschaftlicher, noch eifriger als bisher den Massen der sozialdemokratischen Anhänger diese Folgen der Politik des „Kleineren Übels“ aufzuzeigen, damit sie sich losreißen vom Einfluß der Hindenburgsozialisten und am 13. März ihre Stimme geben dem Kandidaten ihrer Klasse, Ernst Thälmann.

Betriebsaufmarsch für den roten Arbeiterkandidaten

Hunderte neuer Betriebe in der roten Einheitsfront für Thälmann!

Die Säwine der roten Massenversammlungen in den Betrieben und Stempelstellen, in den Arbeiterbüros und Büros schwillt von Tag zu Tag an. Insbesondere marschieren die Betriebe in der

roten Einheitsfront in der außerparlamentarischen Massenmobilisierung zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjetunion, zum Kampf gegen die „Eiserne Front“ und die Kandidaten der Kapitalisten, für den einzigen Kandidaten der roten Einheitsfront: Ernst Thälmann.

So beschloß eine Betriebsrätekonferenz im Unterbezirk Südost, an der sich Betriebsräte aller wichtigen Betriebe beteiligten, in allen Betrieben Versammlungen zur Organisierung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgewalt und für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu organisieren.

In der Betriebsversammlung der Intra-Treptis wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: „Der Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern gegen die japanische Kriegsverdränger ist auch unser Kampf. Jeder Angriff auf die Sowjetunion ist ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse. Die verarmtesten Kollegen lehnen die „Eiserne Front“ ab, weil sie eine Hilfsmittel für Brüning und Hindenburg ist. Die Versammlung gelobt, mit allen Kräften für den Kandidaten der roten Einheitsfront, Ernst Thälmann, zu kämpfen.“

Technische Einrichtungen wurden in folgenden Betrieben angenommen: Straßenreinigung Bezirk Mitte, Schulstraße 2 Kreuzbergstraße, Baustelle Selchow, Motorrad-Spanbau (in diesem Betrieb wurde ein roter Wahlleiter ausgestellt), Expeditionsfirma Jakob & Valentia, Klüffendorf, Fahrradfabrik Friedrichshagen, Döring, Transportfirma Kraffow in Reinickendorf, Arbeiterrat der Siemens-Schuckert-Werke technisches Büro, Schaal, Dr. Cassierer in Karlshorst, Tisch am Ende, Isolatorfabrik Pantow, Holtheim, Hartmann, Daimler-Benz, Marienfelde, Lorenz in Tempelhof, Gelap und Kämpfer, Aron.



SPD-Sollmann im Reichstag: „Lieber tausendmal mit Brüning als einmal mit den Kommunisten.“

Trotsky als Wahlheifer für Hindenburg

Nur die Politik der SPD. schlägt Hitler!

„Trotsky lehrt das politische ABC.“ — so behauptet der „Vorwärts“ einen neuen Artikel des Herrn Trotsky, aus dem er eine Unterstützung der Hindenburgpolitik des „Kleineren Übels“ liest. Es bleibt Trotsky vorbehalten, einen Gegenpart, und dazu noch einen prinzipiellen Systemgegenpart, beispielsweise zwischen den Groener-Brüning, die den Nazis die Reichswehr öffnen, und Hitler zu verhandeln. Es ist nur kennzeichnend für Trotskys politische Rolle, die Faschisierung der bürgerlichen Staatsgewalt durch die Brüning-Hindenburg-Severing zu leugnen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat mit ihrer Unterstützung des kaiserlichen Feldmarschalls Hindenburg als Kandidaten die Tiefe des August-Vertrates erreicht. Daß Herr Trotsky, der für das Bündnis mit Kasse und Grzesinski offen eintritt, der Hindenburg-SPD. mit seinen Beschimpfungen der kommunistischen Internationalen und kommunistischen Partei „Argumente“ liefert, beweist, wie richtig unsere Charakterisierung des Trotskismus als antibolschewistischer Bourgeois ist.

Nicht durch eine Unterstützung des Marschalls Hindenburg, des Kugelnörners Groener oder des Polizeiministers Severing, nur durch die Entlassung der proletarischen Klassenkraft in der roten Einheitsfront, im Kampf gegen die Notverordnungsdiatur, wird auch Hitler geschlagen. Die

Politik des „Kleineren Übels“ ist eine Brutkammer für den Hitlerfaschismus.

Wir sagen: Wenn die deutsche Arbeiterklasse unter der Führung der SPD. den Widerstand gegen die Kapitalistenoffensive in allen Formen entwickelt, so wie das Programm des Zentralkomitees unserer Partei es als Aufgabe stellt, dann ist es aus mit dem Faschismus vor Hitler bis Weis. Nicht der Stimmzettel entscheidet im Kampfe auch gegen den Hitlerfaschismus, sondern die große rote Einheitsfrontbewegung, die Aktion zum politischen Massenstreik, die Einziehung von Hunderttausenden in den roten Massenfeilschuh! Wenn Millionen Arbeiter unter revolutionärer Führung marschieren, dann kann auch kein Weis mehr die Hitler-Gewalt tolerierend retten.

Für diese Politik machen wir außerparlamentarisch mobil in der Wahlkampagne für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Nazi-Überfall auf das Parteihaus der SPD. in Bonn

Bonn, 2. März. Die verhassten Nationalsozialisten einen Überfall auf das Parteihaus der SPD. Gleichzeitig überfielen sie Reichsbannerleute. Sowohl auf das Parteihaus als auch auf die Reichsbannerleute haben die Nationalsozialistischen Schläger, die aber ihr Ziel verfehlten. Die Polizei nahm 10 Personen fest.

Bonn, 2. März. Der Wahlkreissprecher Meißner der Deutschen Volkspartei ist geschlossen zu den Nationalsozialisten übergegangen.

Im Westen alles frei - im Norden Exmission

Berliner Wohnverhältnisse - Mit dem 10. Arbeiterkandidaten Thälmann gegen das Wohnungselend



Unzählige 9-, 10- und noch mehr Zimmerwohnungen stehen im Westen leer.



Die exmittierte 60jährige Rentnerin Bettin vor ihrem Nachtlager.

10 Minuten Westen

Kurfürstendamm. Die Mittagsfrau des Vorfrühlings spiegelte sich in schweren Limousinen. Ueber den glattgefahrenen Asphalt liegt ein feiner bläulicher Benzindunst. In die Pelze gehüllte Dämchen trippeln vom Hauseingang zum Rennstein. Eine Parfümwolke hinter sich lassend, verschwinden sie im Auto.

An der Ecke Uhländerstraße steht eine weißhaarige Frau. Stehend streckt sie ihre blaugefrorenen Hände aus: „Streichhölzer“. Sie wird von niemandem beachtet. Hinter ihrem Rücken bedeckt ein von blankgeputzten Messingleisten eingerahmtes Schaufenster herrliche Kleider, die 300, 500 und mehr Mark kosten.

Von den Fassaden schillern Reklametafeln in allen Farben. An jedem Haus des Kurfürstendamms, auf beiden Seiten von der Laurentzienstraße bis zum Bahnhof Halensee hängen große Schilder - 3 Zimmer, 4 Zimmer, 7 Zimmer, 9-, 10-, 11-Zimmerwohnungen zu vermieten.

Zu vermieten mit allem Zubehör. Bad, Warmwasser, Zentralheizung, Fahrstuhl, hochherrschastlicher Komfort. Gardinenlose Fensterreihen lassen unzählige leere Wohnungen erkennen. Leere Wohnungen im Westen -

Nachtlager auf dem Hof

Am Montag wurde die 60 Jahre alte Rentnerin Bettin aus der Bastianstraße 24 exmittiert. Sie konnte die Miete nicht mehr bezahlen. In der Wohnungsrück bleibt ein Zettel mit dem Stempel des Gerichtsvollziehers. Es ist Frau Bettin „bei Strafe verboten, die Wohnung zu betreten.“

Vor ihren ärmlichen Möbeln auf dem Hof steht die alte Frau Bettin. Gebückt, vergrämt. Sie trägt eine weiße Binde. Offene Tuberkulose und Krebs haben ihr das Gesicht entstellt. In der Dienststagnacht mußte die Kranke auf dem Hof nächtigen, das Betreten der Wohnung war ihr ja „bei Strafe verboten“ und eine andere gab es nicht.

Mit dünner Stimme klagt mir das Mütterchen ihr unsagbares Leid: „Ich habe von Montag zu Dienstag auf dem Hof schlafen müssen. Meine Tochter schließ bei Bekannten.“

Ueber ihr Gesicht rollen Tränen. Schlußendlich fährt sie fort: „Ich bekam 40 Mark Rente. Seit die Rente um 9 Mark gekürzt ist, kann ich die Miete nicht mehr bezahlen. Sechs Jahre habe ich meine Miete pünktlich bezahlt!“ ruft sie verzweifelt aus.

„Weil ich mit der Miete rückständig bin, hat man mich exmittiert. Die Betten konnte ich in der Wohnung lassen, aber drin schlafen durfte ich nicht.“

Ich bin aus Bromberg und habe für Deutschland gestimmt. 700 Mark Kriegaanleihe habe ich gezeichnet.

Und heute behandelt man mich so. Meine Tochter verdient auch nur 20 Mark. Von den 20 Mark und den 31 Mark Rente müssen wir uns Kleidung und Essen beschaffen. Da bleibt für die Miete nichts übrig. Wenn ich Geld habe, bezahle ich doch. Ich habe doch keine!“

Roter Umzug!

Arbeiter berichten, daß der Frau durch den Druck einer Erwerbslosendelegation beim zuständigen Stadtrat eine Wohnung zugewiesen wurde. Die Erwerbslosen haben sich aus Solidarität verpflichtet, den Umzug zu machen.

Ein Erwerbsloser sagt mit strahlendem Gesicht: „Sobald werden wir in Deutschland Umzug machen mit unserem Führer, dem Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.“

Ernst Thälmann spricht

zu den Arbeitern und Angestellten der BVG., der Gas- und der Bewag-Betriebe über das Thema:

Der Weg zum Sozialismus

am Sonnabend, dem 5. März, in den Prachtsälen am Märchenbrunnen, Am Friedrichshain 27. Die Versammlung beginnt bereits 6.30 Uhr. Eintritt nur gegen Eintrittskarte oder Dienstausweis.

Peukerjurist spricht SA-Bandiden frei

Mildes Urteil für einen Nazi-Schützen - Anders als bei „Grönland“-Kolonisten

Vor dem Schöffengericht in Moabit wurden gestern vier Nationalsozialisten, die am 7. Februar Jungarbeiter des Sozialistischen Jugendverbandes überfallen hatten, freigesprochen. Der Nazi Hauke, der drei Schüsse bei dem Überfall abgegeben hatte, erhielt nur neun Monate Gefängnis.

Das ist die Justiz in Gebering-Preußen. Die Kolonisten der Laubentkolonie Grönland, die sich nur zum Schutze ihrer von Nazis bedrohten Laubenwohnungen versammelten, die keinen Schutz abgaben, die keinem Nazi ein Härchen krümmten, wurden wegen „Vergehen gegen das Schußwaffengesetz“ zu schweren Strafen von 1 Jahr bis zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

In dem Prozeß gegen die Nazis, wo erwiesen wurde, daß die Hakenkreuzler Jungarbeiter überfallen hatten, wurden Freisprüche gefällt.

Der SA-Bandit Hauke, der drei Schüsse abgab, durch die ein Jungarbeiter um ein wenig sein Leben verloren hätte, erhielt nur neun Monate Gefängnis.

Gegen diese Justiz gibt es nur eins: hinein in die rote Einheitsfront und Kampf mit dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann! Bergelt nicht unsere proletarischen Gefangenen! Helft der Roten Hilfe in ihrem Solidaritätswerk.

Ernst Thälmann im Sportpalast

Ernst Thälmann spricht am 10. März im Sportpalast! Sichert euch rechtzeitig Eintrittskarten! Karten sind in allen Expeditionen und in allen Wahlheiserlokalen zu haben. Eintrittspreis 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf.

Wieder Erwerbslosen-Funktionärkonferenzen verboten!

Gestern abend sollte eine Konferenz der Berliner Erwerbslosenfunktionäre in Väters Getzaleen stattfinden. Etwa vier Stunden vor Beginn der Konferenz erhielt der Bezirksausschuß der KGD, von der Polizei einen Brief mit der Mitteilung, die Konferenz sei verboten. Obwohl die Tagung der Erwerbslosenfunktionäre keine öffentliche Versammlung ist, stellt sich die Polizei auf den Standpunkt, sie sei öffentlich und verbietet sie wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“.

Besonders kennzeichnend für diese Polizeimahnahme ist, daß die Konferenz bereits am 25. Februar angemeldet wurde. Sie wurde da nicht verboten. Heute erklärt die Polizei, weil die Sitzung in der „Roten Bahne“ angekündigt war, weil ein Sprech- und Bewegungsschrei mitwirken sollte, sei sie öffentlich. Ob öffentlich oder nicht öffentlich. Die Tatsache, daß die Grenzschutzpolizei eine Konferenz der Erwerbslosen überhaupt verbietet, kennzeichnet von, wie die „Eiserne Front“ zupakt.

Todtrante Arbeiterfrau soll selbst zum Arzt kommen

Rüffel zum Internationalen Frauentag am 8. März - Arbeiterfrauen, kämpft mit Ernst Thälmann

Wir veröffentlichen heute den Brief einer Arbeiterfrau, der eine vernichtende Anklage gegen die Krankenkassenbürokratie ist.

„... Schwer krank lag ich zu Hause, mein Mann kam erst abends um 5 Uhr von der Arbeit. Ich hatte eine Bauchhöhlenschwangerschaft. Ich konnte niemanden zu Hilfe rufen. Das ganze Blut drang in die Bauchhöhle, was wahnsinnige Schmerzen verursachte.“

Mein Mann ging sofort zum Ambulatorium in Charlottenburg und sagte, eine Arzt solle kommen, da ich im Sterben liege. Die Schwester ging darauf in irgendein Zimmer, kam nach kurzer Zeit zurück und sagte zu meinem Mann: „Kommen Sie mit Ihrer Frau her.“ ... Eine Ärztin in der Berliner Straße sagte, es sei jetzt kurz vor der Sprechstunde, sie könne nicht kommen. Das Wartezimmer war ganz leer. Mein Mann sagte, er brauche sofort einen Arzt. „Wie lange liegt Ihre Frau denn schon?“ wollte die Ärztin wissen.

„Den ganzen Tag ohne jede Hilfe.“ - „Dann kann sie auch noch vier Stunden länger liegen oder sie soll herkommen.“

Zwei Stunden ist mein Mann umhergelaufen. Schließlich fand er einen Arzt, der kam und meine Ueberweisung ins Krankenhaus

beantragte. Ich mußte sofort operiert werden, sonst wäre ich nach einer weiteren Stunde an Verblutung gestorben.“

S., Charlottenburg. So ergeht es Arbeiterfrauen, wenn sie krank werden. Die Notverordnungen Brünnings, von Hindenburg, dem Kandidaten der SPD, unterzeichnet, sind vernichtend vor allem für die Frauen.

Die Arbeiterfrauen kämpfen darum mit für den Arbeiterkandidaten Thälmann. Sie rufen zum Internationalen Frauentag am 8. März.

Kahenellenbogen kann sich freuen

Im Kahenellenbogenprozeß wurden gestern die Plädoyers der Staatsanwaltschaft gehalten. Das dauerte mehrere Stunden.

Esst gegen 3 Uhr nachmittags wurden die Strafanträge gestellt. Und zwar gegen Kahenellenbogen wegen Bilanzverschleierung, Untreue, Prospektfälschung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe. Gegen Penzlin wegen Bilanzverschleierung und Prospektfälschung 7 Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe. Gegen Sobornheim 4 Monate und 10 000 Mark, Aufmeyer 2 Monate und 10 000 Mark, Funke 20 000 Mark Geldstrafe.

Das rote Berlin greift an!

Der jüngste rote Wahlhelfer



Betriebe stellen rote Wahlhelfer

In folgenden Betrieben haben sich Arbeiter als rote Wahlhelfer für Ernst Thälmann gemeldet: Ess 23; Uxia 46; Kühl-Kranz 30; Berliner Wellpappen 16; Vande 13; Strauß 8; Groß 33.

Weiter vorstößen! ist die Parole. Es darf keinen Betrieb in Berlin geben ohne rote Wahlhelfer für Ernst Thälmann.

Heute ist Lohntag,

darum sind in jeder Abteilung unsere roten Sammler mit der Sammelliste Klasse gegen Klasse. Schafft Munition

für den Wahlfonds!

Erfolgreiche Rote Sammler!

Die Zelle 1577 hat bereits jetzt das ihr gestellte Sammelziel von 120 Mk. überschritten. 130 Mk. ist das Sammelergebnis bis heute. Welche Zelle hat gleiche Erfolge aufzuweisen?

★

Für den Wahlfonds auf Postscheckkonto Berlin Nr. 89 957 sind von Hedwig Schwanks 10 Mk. eingezahlt.

Sturmmonat Januar 6400 Kämpfer für die KPD.

Aufgebot der Hunderttausend im roten Wahlkampf — Erfolgreicher Vorstoß in den Betrieben

Der letzte Werbebericht für das Aufgebot der 100 000 zeigt, daß der Sturmmonat Januar mit prächtigen Erfolgen abgeschlossen wurde. Unzählige neue Positionen haben die Berliner Kommunisten in unermüdlicher Arbeit erobert. In den vier Sturmwochen des Januar haben wir in Berlin 6400 neue Mitglieder für die KPD. gewonnen. 6400 neue Kämpfer für Thälmann, für ein freies sozialistisches Vaterland.

Die Konzentrierung der Kräfte auf die Betriebe ist, wenn auch noch ungenügend, begonnen worden. 51 neue Betriebszellen haben wir im Januar in Berlin geschaffen und 1181 Betriebsarbeiter als Mitglieder für die Partei gewonnen. Das ist ein großer Erfolg. Er ist ein Beweis dafür, daß sich das Tempo

unseres Vormarsches in den Betrieben bedeutend verschleunert, wenn wir richtig anpacken.

Der rote Hauptstoß in die Betriebe! Das ist unsere Parole im roten Wahlkampf, im Aufgebot der 100 000.

Alle Berliner Betriebe Hochburgern für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, Volkwerke des Kommunismus. Das müssen wir schaffen.

Bei der Mobilisierung der Arbeiterkraft für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann keinen Augenblick das Aufgebot der 100 000, die Werbung für die Partei, für die „Rote Fahne“ vergessen. Weiter vorwärts, Berliner Kommunisten! Das Ergebnis für Februar muß doppelt und dreifach so hoch sein wie im Januar. Betriebsarbeiter in die Partei Lenins!

AEG-Belegschaft Hennigsdorf für Ernst Thälmann

In Front gegen imperialistische Kriegspläne für die Verteidigung der Sowjetunion

In einer gut besuchten Betriebsversammlung sprach am Mittwoch, dem 2. März, Genosse Albert Kung zu der Belegschaft der AEG-Hennigsdorf über die drohende imperialistische Kriegsgefahr und über die Reichspräsidentenwahl.

Genosse Kung forderte besonders auf zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne, für Verteidigung der Sowjetunion. Der Referent bewies der AEG-Belegschaft, daß die heutige Anechtung und Verelendung der Arbeiterklasse nur durch den Verrat der SPD-Führer im Bunde mit der Gewerkschaftsbürokratie möglich ist. Ein Empörungsturm ging durch den Saal, als Genosse Kung die Rolle der „Eisernen Front“ und des „kleineren Übels“ am Beispiel des von der Seering-Poliziel erschossenen SPD-Arbeiters Buder aufzeigte. Eindringlich steht deshalb vor jedem Arbeiter die Aufgabe des schärfsten Kampfes gegen den Faschismus von Wels bis Hitler, denn dieser Kampf ist zugleich der beste Kampf gegen das AEG-Kapital und seine sozial- und offen faschistischen Kaskaden.

In der Diskussion zeigten die Kollegen die unerträgliche Raubgier des AEG-Kapitals, das trotz Misserfolgen auch im letzten Jahr alle noch vorhandenen sozialen Einrichtungen reißlos beiseite wirft, darunter das noch bestehende Kinderheim, das Erholungsheim und die AEG-Klinik.

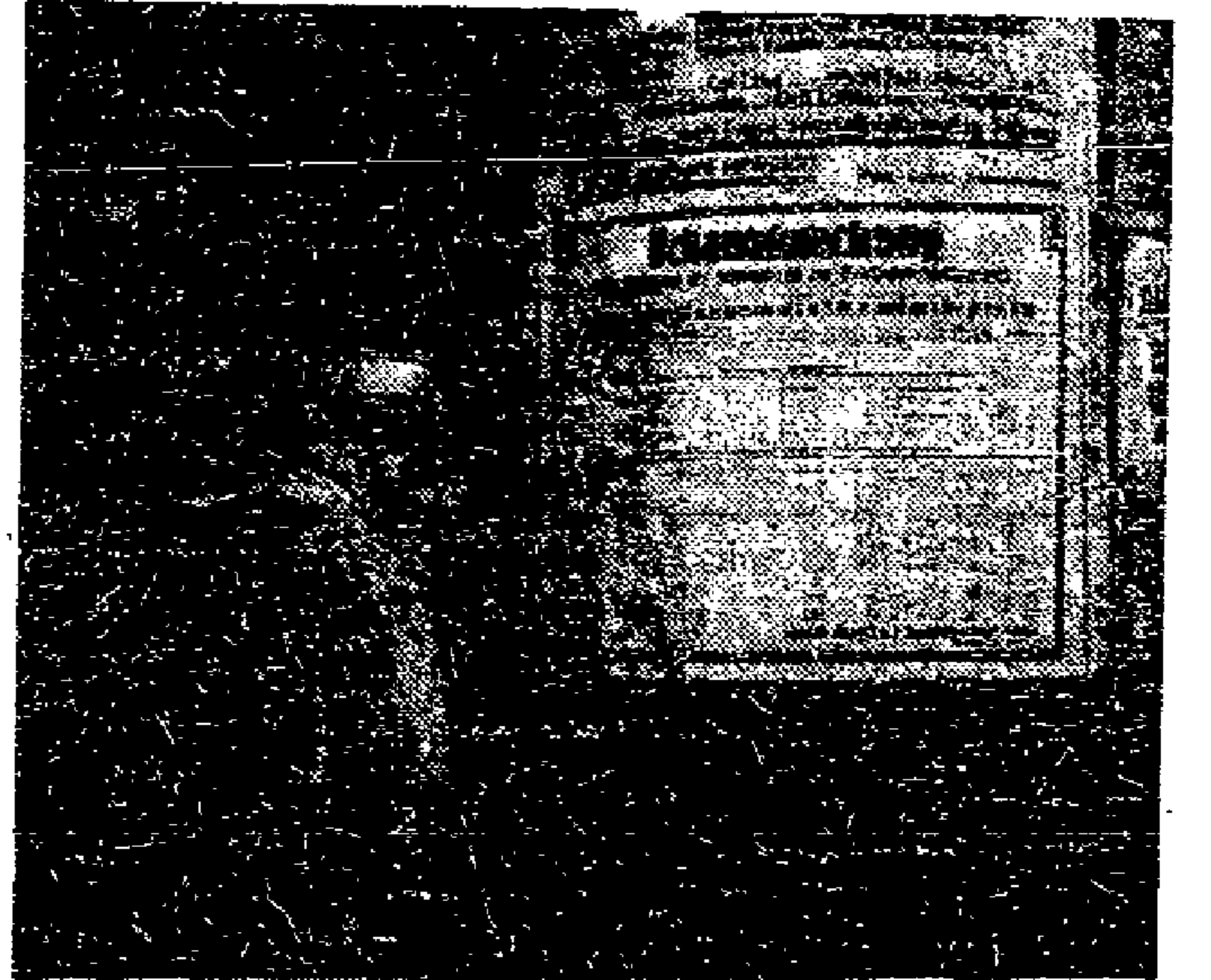
Besondere Heiterkeit erregten die von einem Kollegen gezeichneten verzweifelten Mänschchaften der SPD-Betriebsfunktionäre. Eine DMV-Frauenversammlung konnte nur dadurch zustande kommen, daß SPD-Bonzen und Meister Kolleginnen durch Druck zum Besuch der Versammlung veranlaßten, die man obendrein dadurch zu halten versuchte, daß man den Kolleginnen das Kumbatanzen beibringen wollte, um ihnen gleichzeitig ins Ohr zu flüstern, daß sie in die SPD eintreten müßten.

Die Rolle der SPD-Führer zeigte sich noch klar an einem Auspruch eines SPD-Funktionärs, der erklärte, er würde Hindenburg nur aus Haß gegen die KPD wählen.

Die Belegschaft, die sich zu Ehren des erschossenen Arbeiters Buder von den Plätzen erhoben hatte, gelobte, alle ihre Kräfte einzusetzen, damit der letzte Rest derartiger SPD-Figuren aus dem Betrieb verschwindet. Sie gelobte ferner, alles in ihren

Kräften liegende zum Schutz der Sowjetunion und zur Verhinderung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu tun. Alle anwesenden Arbeiter verpflichteten sich, als rote Wahlhelfer mitzukämpfen in der Roten Einheitsfront mit dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, für ein freies sozialistisches Vaterland.

Heute Wählerlisten einsehen!



Zur Reichspräsidentenwahl ist nur zugelassen, wer in die Wählerlisten eingetragen ist. Die Pflicht eines jeden revolutionären Arbeiters ist es, schon heute die Liste zu kontrollieren. In sämtlichen Anschlagkästen ist aus Plakaten ersichtlich, wo die Wählerlisten ausliegen. Die Listen liegen vom Donnerstag, dem 3. März bis Sonntag, dem 6. März zur Einsicht aus.



61. Fortsetzung

Die Zeugenauslagen für Frau Abromeit waren günstig. Niemand von den Hausbewohnern wußte Nachteiliges über sie. Die Anklage wegen vorläufigen Mordes wurde auch fallen gelassen und auf fahrlässige Tötung erkannt. Damit war aber der Fall noch nicht erledigt. Die städtischen Gaswerke erhoben Klage wegen Betruges und machten Schadenersatz geltend.

Frau Abromeit hatte bei ihrem Gasverbrauch den Gasmesser umgangen. Sie hatte den Regler am Haupthahn vor dem Gasmesser entfernt und diesen durch einen anderen ersetzt. An diesem eigens für diesen betrügerischen Zweck angefertigten Regler, befand sich ein Mundstück für einen Gummischlauch, der am anderen Ende mit einer Verjüngung oberhalb des Gasmessers wieder an das Rohr angeschlossen wurde. Der Apparat war eine fachmännische Arbeit. Anmontieren und Entfernen erforderte höchstens eine Minute.

Der Richter redete der Angeklagten ins Gewissen, den Missetäter zu nennen. Doch sie blieb dabei: „Machen Sie, was Sie wollen, ich verrate ihn nicht.“ Es ist ja auch nicht meine Schuld, daß der Schlauch über Nacht platzte. Er war schon zu verbraucht von dem vielen Auf- und Abstreifen. Und für einen halben Meter Gummischlauch, bei einem Dollarstand von Stehgaszählern, ist es schon wieder, wenn auch nur für jeden eine Scheibe, aber immerhin für jeden eine Scheibe Brot.

Frau Abromeit wurden mildernde Umstände zugebilligt. Sie hatte ja ihren Mann für das Vaterland hingegeben. Auch die Not wurde berücksichtigt, die zwar alle trifft, aber natürlich auch Frau Abromeit. Hoffnungslos sei ihre Lage jedoch nicht, wurde sie belehrt. Sie geniesse ja die Kriegsfürsorge. Frau Abromeit sei noch nicht vorbestraft und außerdem offenbar verführt. So blieben

bei allen sorgfältigen Ermäßigungen des „Für“ und „Wider“ noch sechs Monate Gefängnis übrig. Die Kinder blieben in Zwangs-erziehung.

Das ging alles sehr schnell; kaum zwei Stunden dauerte die Gerichtsverhandlung. Die Mordkommission hatte den geprügten Schlauch am Tage des Unglücks noch entdeckt. Der Apparat lag auf dem Richterisch. Ein völlig unkomplizierter Fall.

„Nehmen Sie das Urteil an, Angeklagte?“

Frau Abromeit sagte kein Wort. Es schien, als hörte sie nichts als begreife sie nichts. Was soll sie sagen? Ihr Verteidiger bot die Not, die Verzweiflung, die sie dazu zwang, so treffend geäußert, daß sie sich wunderte, woher solche Herren das so genau wissen. Hat doch alles nichts geholfen, was sollte sie also noch sagen?

„Sie können innerhalb der gesetzlichen Frist Einspruch erheben.“

Frau Abromeit ging gelassenes neben dem Gefängniswärtler her, der sie in ihre Zelle zurückführte.

Auch Margot war Zeuge. Sie hatte sich selbst gemeldet. Neun Bewohner hatten sich gemeldet, doch nur fünf wurden verhört. Margot konnte nicht fassen, was geschehen, ging schwermütig neben Frau Baumann her. Da hörte sie, kaum daß sie das Gerichtsgebäude verlassen hatten, wie ein Arbeiter zu einem anderen sagte:

„So ein doofer Hund, was? Wenn sie alle die einsperren wollten, die Spargasbrenner benutzen, könnten sie halb Berlin einsperren.“

Die Baumann sagte dann: „Ja, ja, denen es am allerredlichsten geht, die kriegen dann noch extra einen Fieb. Am meisten hat mich gewurmt, wie der Kerl noch von „Fürsorge“ quatschte. Da ist vor ein paar Wochen bei meinem Bruder was Kleines angekommen, auch nun schon das dritte. Wissen Sie, was die Stadt gespendet hat? Ein Sparschweinchen mit drei Mark. Sage und schreibe drei Mark! Wo schon ein Stück Seife hundert Mark kostet! Und da kam je noch ne feierliche Urkunde zugegeben, mit dem Berliner Für druff und so. Und da heißt sich so'n Kerl hin und quatscht von „Fürsorge“, obgleich ihr auch schon ein paar Öhzen verhungert sind.“

Frau Wankelom lag wieder an der Nähmaschine. Hilde arbeitete in der AEG und traf dort einen alten Bekannten wieder, Hans Wiegmann aus der Baradenfledung.

Die Gegend um Berlin war überflutet von den hungernden Großstadtproleten. Die Bauern hatten Korn für Brot und „Kaffee“, hatten Fleisch und Fett. Sie benötigten Zwiebeln, Kleiderstoffe. Hilde und Wiegmann hatten einige hunderttausend Mark in der Tasche und einen mordsmäßigen Hunger im Leib. Sie waren von morgens um sechs Uhr an unterwegs und saßen nun, schon gegen Abend, in einer düsternen Dorfkneipe.

Dort redete Hans mit Hilde über einen langgehenden Plan, durch einen Trick Kartoffeln und eventuell auch Fett zu ergattern. Hans hatte zwei Taler, Deutsche blanke Taler. „Verfassungstag 11. August 1922“ stand auf der Rückseite. Für die „rotgeimpften“ Bauern gaben die Bauern nämlich schon längst nichts mehr und für das übrige „Hartgeld“ auch nichts, damit spielten auch auf dem Dorfe die Kinder. Aber für den „Verfassungstaler“? „Man müßte mal veruchen“, meinte Hans.

Ein Wagnis war es immerhin. Es war zwar nicht anzunehmen, daß von den wenigen Münzen, die zu Ehren des verurteilten Geburtstages der Republik geprägt wurden, sich auch einige auf das Land verirren, aber wissen konnte man es dennoch nicht. Und wenn? „Dann machen wir eben die Dummen!“

Gleich im ersten Hof trafen sie einen noch jungen, erhaben dreinschauenden Bauer, der sie gelangweilt anhörte und dann erwiderte, daß er gerade soviel Kartoffeln im Keller habe, als er und seine Leute gebrauchen. Stuhlig wurde er erst, als Hans antwortete:

„Wir bezahlen mit Hartgeld.“

„Mit Hartgeld? Was für Hartgeld?“

Hans gab dem Bauer einen von den Verfassungstalern. Dieser behag das blinkende Ding von vorn und hinten und verzog spöttisch den Mund. „Von diesen Dingen können Sie von mir eine ganze Kiepe voll bekommen“, meinte er verächtlich. „Sie halten mich wohl für einen Karren!“

Hans kratzte die Hand hin, um keinen Taler wieder in Empfang zu nehmen: „Wenn Sie meinen, ich will Sie betrügen“, antwortete er mit gutgepielter Gefränktheit, „dann geben Sie bitte wieder her. Sie kennen den Wert dieses Geldstückes nicht, sonst würden Sie nicht so reden.“

(Fortsetzung folgt.)

ROTER SPORT



Zum Internationalen Frauentag

Rote Sportlerinnen in Front

Am Internationalen Frauentag, am 8. März, stehen in der ganzen Welt die roten Sportlerinnen bei den revolutionären Kundgebungen für die Befreiung der Frau in den vordersten Reihen. Die Betätigung der roten Sportlerinnen werden an diesem Tage gemeinsam mit allen Frauen und Mädchen des revolutionären Proletariats ein Bekenntnis ablegen zum Kampf für den Sozialismus und gegen die imperialistische Kriegstreiber. Im Geiste des revolutionären Internationalismus werden die roten Sportlerinnen für die Verteidigung der Sowjetunion ein treten.

Es gibt in Deutschland 1,5 Millionen sporttreibender Frauen und Mädchen, sie gehören fast restlos dem Proletariat und anderen werktätigen Volksschichten an. Diese Sportlerinnen gehören zu den aktivsten Elementen unter der weiblichen Bevölkerung. Aber nur ein kleiner Bruchteil von ihnen steht in den Reihen der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.

Die Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Frauentages durch die roten Sportlerinnen muß dazu dienen, die Einheitsfrontarbeit zur Gewinnung der sporttreibenden Frauen und Mädchen, die heute noch in den bürgerlichen und reformistischen Sportorganisationen stehen, zu verstärken. Angesichts der neuen faschistischen Terrorwelle und der imperialistischen Kriegstreiber im Kern der Osten müssen wir die Frage der mehrsprachigen Erleichterung vor den breiten Massen der proletarischen und werktätigen Frauen aufrollen.

Die verlogene These, daß die sportliche Betätigung eine unpolitische, „neutrale“ Angelegenheit sei, wird durch die Tatsachen des wirtschaftlichen und politischen Lebens widerlegt. Die NotverordnungsPolitik, die den Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes eine gewaltige Verschlechterung ihrer Lebenshaltung gebracht hat, zeichnet ihre Spuren auch in das Antlitz der werktätigen Sportlerin. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, im kapitalistischen Staat, steht die sportliche Betätigung nicht „über“ den Klassen, sondern entweder im Dienst der herrschenden oder im Dienst der unterdrückten Klasse. Alle reformistischen und bürgerlichen Sportführer und die hinter ihnen stehenden Parteien, von der SPD bis zur NSDAP, sehen ihre Aufgabe darin, das kapitalistische System zu erhalten, das für die werktätigen Frauen — für die werktätigen Sportlerinnen — doppelte Unterdrückung bedeutet.

Die reformistischen und bürgerlichen Sportorganisationen stehen im Dienst des Faschismus und der Vorbereitung des Interventionistries gegen die Sowjetunion.

Die gefährlichsten Demagogen der reaktionären Sportfront sind die reformistischen Sportführer, weil sie ihre Lakaiendienste für die kapitalistische Klassenherrschaft mit „sozialistischen“ Phrasen verdecken. Sie faheln aus Agitationsgründen von „Erziehung zum Klassenkampf“, aber ihre wirkliche Aufgabe sehen sie in der Ablenkung der werktätigen Sportler und Sportlerinnen vom proletarischen Befreiungskampf und in ihrer Einspannung in den Dienst der sozialfaschistischen „Tolerierungspolitik“ und der Kriegsvorbereitungen.

Auftakt der roten Sportlerinnen zum Internationalen Frauentag, zur Reichspräsidentenwahl

Am Donnerstag, dem 3. März, um 19.30 Uhr, findet in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine

Sportlerinnenkundgebung statt. Eintritt frei! Programm: Sport, Szenen, Musik, Rezitationen!

In der Arbeiterturnzeitung „Die Bundesgenossin“ vom 27. Januar 1932 lesen wir u. a.:

„In unseren Turn-, Spiel- und Schwimmabenden geht es froh und lustig zu. Dort vergessen wir den Kummer und die Sorgen des Alltags.“

Vergessen sollen die werktätigen Sportlerinnen ihre Not. Sie sollen nicht darüber nachdenken, wie der Kampf gegen den Faschismus und gegen imperialistische Kriegesgefahr organisiert werden muß. Nichts kann der Bourgeoisie willkommen sein.

Der Bundesfrauenauschuß des Arbeiter-Turn- und Sportbundes organisiert seine Werbearbeit im Jahre 1932 unter der Losung: „Schaffende Sportlerin, wo ist dein Platz?“ Nun, wir geben darauf die einzig richtige Antwort:

Nicht bei Bewald, Diem oder Bildung-Gesert, sondern in den Reihen der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.

Nur die rote Sportbewegung stellt die sportliche Betätigung in den Dienst des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse — in den Dienst des Kampfes für den Sozialismus, der nur allein den Frauen die volle Gleichberechtigung bringen wird.

Rüflet zum Internationalen Frauentag!

Gegen die bürgerliche Olympiade Für Rot Sport!

Die Antwort eines der „dreißig Besten“

Mit großem Tamtam versuchen die Herrschaften des bürgerlichen Leichtathletikverbandes ihre Marken für die Finanzierung einiger weniger Kanonen zur Teilnahme an der Olympiade in Los-Angeles an den Mann zu bringen. Die besten Leichtathleten des bürgerlichen Verbandes werden hierfür mit eingeschleppt. Der Verbandsvorstand sendet ihnen je 100 dieser Marken, die sie umsetzen sollen. Auch unter den „dreißig Besten“ des Verbandes wächst immer mehr die Erkenntnis darüber, welche Rolle der bürgerliche Sport im Interesse der Bourgeoisie spielt. Der folgende Brief eines dieser „dreißig Besten“ gibt darüber Aufschluß.

An die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik, München 38.

Mit Ihrem Schreiben vom 8. Januar übermittelten Sie mir als einem Ihrer „dreißig Besten“ 100 Olympiademarken, die ich Ihnen in der Anlage zu meiner Entladung zurücksetze. Ich muß Ihnen dazu erklären, daß es mir von „Führern“ unverantwortlich erscheint, in einer Situation, in der über 6 Millionen Erwerbslose nicht wissen, wovon sie leben sollen, die Frage der Entsendung einer Delegation, die pro Teilnehmer 3000 Mark kostet, zu diskutieren, geschweige denn tatsächlich auch eine Aktion einzuleiten, um einen derartigen Luxus überhaupt möglich zu machen.

Fragen Sie einmal unsere Jugendlichen, die jetzt erhöhte Hallenmieten aufzubringen haben, die mit leerem Magen unsere Übungsstunden besuchen, ob sie daran interessiert sind, ob USA 1936 bei uns startet oder nicht.

Die vornehmste Aufgabe der Deutschen Sportbehörde sollte sein, die Not der Vereine zu mildern, als Führerin des deutschen Sportes wirkliche Aktionen einzuleiten, die die Sporttreibenden aus ihrem Elend herauskommen lassen. Statt dessen gerührt man sich den Kopf, wie 150 000 Mark für 30 Menschen aufzubringen sind. Ich bin mit Inzivilen darüber klar geworden, daß für die katastrophalen Zustände im Sport unsere wirtschaftlichen Ver-

hältnisse entscheidend sind, daß es darauf ankommt, sie (die wirtschaftlichen Verhältnisse) von Grund auf zu ändern. Auch die Sporttreibenden müssen aus ihrer politischen Ruhe aufgerüttelt werden und mithelfen, die wirtschaftliche Basis zu ändern, d. h. dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung oder besser Anarchie ein Ende zu machen.

Von der Führung der Deutschen Sportbehörde, die sich vertreten durch seine Exzellenz Dr. Bewald, für eine weitere Kandidatur Hindenburgs erklärt hat, kann man nicht annehmen, daß in dieser Richtung ernsthaft etwas getan wird.

Ich habe mich aus diesem Grunde der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit angeschlossen, einer Kampfgemeinschaft, die wirklich die Interessen der sporttreibenden Werktätigen vertritt.

In der Hoffnung, daß Ihnen recht viele solcher Antworten die wirkliche Stimmung der Mitgliedschaft klar macht,

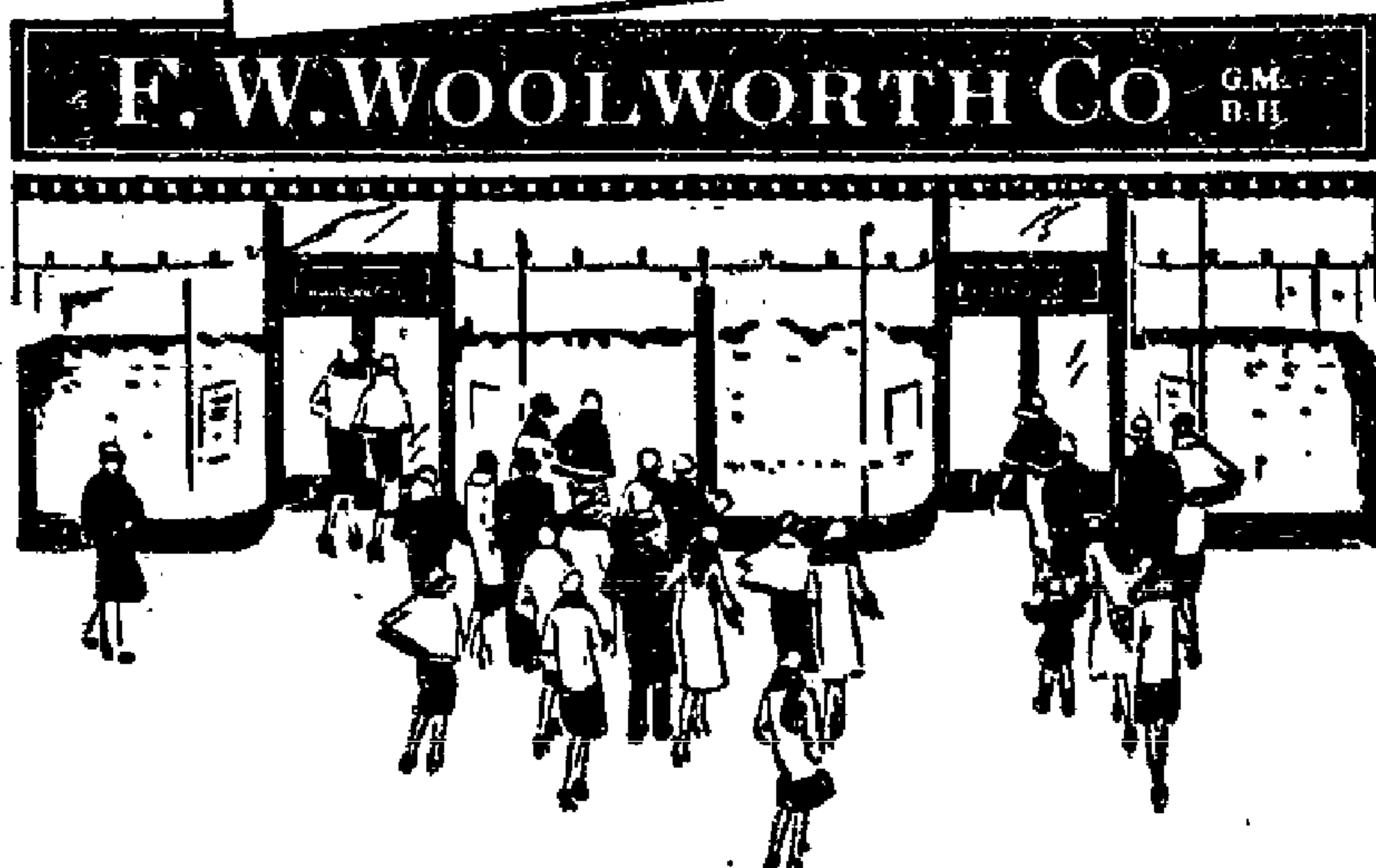
mit Rot Sport!

Harry Bahr, Berlin K 63.

Gebt Quartiere!

Vom 25. bis 28. März (Ostern) finden in Berlin die Konferenzen der Reichs- und Landesleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit statt. Von außerordentlicher Bedeutung ist die am 28. März stattfindende Einheitskonferenz. Es werden aus diesem Anlaß ungefähr 1000 Delegierte erwartet. Wir appellieren an die Solidarität und Gastfreundschaft der Berliner Werktätigen. Quartiermeldungen erditten wir an die Geschäftsstelle der Landesleitung Berlin-Brandenburg der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Berlin C 25, Münzstr. 24, Telefon: D 2, Weidenbamm 3043.

★ BERLIN ★
KÖNIGSTR. 26a, ECKE KLOSTERSTR.



Wir eröffnen...

am Freitag, den 4. März 1932 einen neuen Laden:

BERLIN

KÖNIGSTR. 26a, ECKE KLOSTERSTR.

Wir beehren uns, Sie zur Eröffnung dieses Ladens, mit zwangloser Besichtigung und Konzert, Freitag, den 4. März von 2—6.30 Uhr nachmittags ergebenst einzuladen.

Am Eröffnungstage findet kein Verkauf statt. Dieser beginnt erst am nächsten Tag, Sonnabend, den 5. März, ab 9 Uhr vormittags.

F. W. WOOLWORTH CO

G.M. B.H.

Die Speditionsarbeiter gegen die Gewerkschaftsbürokratie

Gewerkschaftsmitgliederversammlungen der Berliner Speditionsarbeiter beschließen die Wahl von Streikleitungen — AOB-„Krisentongreß“ am 23. März — Mobilisiert die Gewerkschaftsmitglieder gegen den Arbeitsbeschaffungschwund der Bonzen

Am Sonntag, 28. Februar, und am Montag, 1. März, hatte die Bürokratie des Gesamtverbandes und des Zentralverbandes der Angestellten die im Berliner Speditions-Gewerbe beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder zu Versammlungen zusammenberufen. In diesen Versammlungen wollte die Bürokratie unter Scheinradikalen Hrasen sich von den Gewerkschaftsmitgliedern Vollmacht verschaffen, um in Geheimverhandlungen mit den Speditionsunternehmern einen neuen Vertrag vorzubereiten.

Beide Versammlungen aber gestatteten sich zu einer gewaltigen Abrechnung der Gewerkschaftsmitglieder mit der verräterischen Bürokratie. Sie bekamen sich einmütig zu den Forderungen der AOB, die die sofortige Wahl von vorbereitenden Streikleitungen in allen Betrieben zum Kampf gegen die durch den Scharfvertrags beschleunigten Verschlechterungen forderte.

Wie bereits mitgeteilt, soll der Scharfvertrags, das heißt die Aufhebung der kleinen Speditionsfirmen durch den großen Scharfvertrags, Massenentlassungen und Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen. Monatelang hat die Gewerkschaftsbürokratie diese Pläne, über die sie von den Behörden sehr gut informiert war, vor den Speditionsarbeitern geheimgehalten. Nachdem aber die AOB, mit der Kampfmobilisierung der Speditionsarbeiter begonnen hatte, mußte die Bürokratie wohl oder übel die Versammlungen einberufen, um nicht den letzten Rest ihres Einflusses auf die eigenen Mitglieder zu verlieren.

Bonzen flüchten vor den Mitgliedern

Dadurch, daß man nur Verhandlungsmitglieder in die Versammlung ließ, glaubte man mit einigen demagogischen Redensarten fertig zu werden. Als aber die Versammlungsleitung in der Versammlung am 28. Februar im Gewerkschaftshaus unbedingtes Vertrauen und unbeschränkte Verhandlungsvollmacht für den Gesamtverband und den Zentralverband der Angestellten forderte, erhob sich ein Diskussionsredner nach dem anderen und brandmarkte diesen Antrag als einen Versuch, die auf Initiative der AOB bereits ausgelöste Bewegung zu zerbrechen.

Als die Bürokraten sahen, daß für sie nichts mehr zu retten war, ließen sie durch einen AOB-Bonzen die Versammlungen sprengung provozieren. Dieser begann den Betriebsrätsauschuss der Speditionsbetriebe, der zunächst die Kampfvorbereitungen übernommen hatte, zu beschimpfen. Seine Ausführungen gingen jedoch im Proteststurm der Versammlung unter. Fluchtartig verließ die Bürokratie ihren eigenen Saal und prompt erschien die Hausverwaltung, die mit polizeilicher Nötigung drohte.

Die Kollegen ließen sich aber dadurch nicht einschüchtern. Nach den Ausführungen eines AOB-Vertreters wurde gegen nur eine Stimme eine Resolution angenommen, die der Verbandsbürokratie schärfstes Mißtrauen ausspricht und zur Bildung der roten Einheitsfront unter Führung Ernst Thälmanns gegen Lohnabbau, Massenentlassungen und Faschismus auffordert.

Auch die zweite Versammlung für Streikorganisation unter Führung der AOB!

Nicht anders erging es der Bürokratie in der Versammlung am 1. März. Auch diese war überfüllt. Um nicht wieder von den eigenen Mitgliedern davongejagt zu werden, mußten sich die Bonzen der „Eisernen Front“ bequemen, unter den Parolen: Rote Einheitsfront für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann! Rot Front! Platz zu nehmen.

Auch in dieser Versammlung erklärten sämtliche Diskussionsredner, daß die Kollegen nicht daran denken, der Verbandsbürokratie einen Freibrief für ihre verräterischen Verhandlungen zu geben. Es sei erweisen, daß die Bürokratie an dem Zustandekommen dieses Vertrages das größte Interesse habe.

Der Antrag der Bürokratie wurde mit großer Mehrheit ab-

Terror gegen Kandidaten der roten Liste im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf

Im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf finden in kurzer Zeit Betriebsratswahlen statt. Nachdem man nach dem letzten Streit zahlreiche oppositionelle Kollegen aus dem Betrieb hinausgeworfen hat, glaubt die Direktion jetzt im Zusammenstoß mit den reformistischen Betriebsräten die wahren Arbeitervertreter aus dem Betriebsrat ausschalten zu können.

Gestern mittag um 12 Uhr lief der Termin für die Einreichung der Kandidatenlisten zum Betriebsrat ab. Als Vorsitzender des Wahlvorstandes war der Renegat Klingler bestimmt worden, der aus dem toten Einheitsverband der Metallarbeiter ausgeschloffen worden ist, weil er im Bunde mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie beim letzten Blockwalzwerkstreik versucht hatte, Streikbruch zu organisieren. Jetzt spielt er eine große Rolle im reformistischen Verband der Helfer und Maschinisten.

Im Laufe des gestrigen Tages hat die Direktion mehrmals telefonisch bei Klingler nach der „Roten Liste“ angefragt. Da die revolutionären Arbeiter das aber bereits erfahren hatten, reichten sie ihre Liste erst zehn Minuten vor Ablauf der Frist ein. Kaum hatte aber Klingler die Liste in der Hand, als er auch schon im Auftrag der Direktion zu den Kandidaten ging und ihnen erklärte, wenn sie nicht zurücktraten, würden sie sofort entlassen.

Durch Nötigung und Erpressung glauben Reformisten und Bürokratie die Wahl roter Betriebsräte verhindern zu können. Die feste Front der revolutionären Arbeiter des Stahl- und Walzwerks wird diese Hoffnung zunichte machen. Für sie wird das erst recht ein Ansporn sein, dafür zu sorgen, daß bei der Betriebsratswahl die Arbeiter den Streikführerorganisationen die richtige Antwort erteilen und einen in überwältigender Mehrheit roten Betriebsrat wählen.

An alle Bauarbeiter!

Öffentliche Bauarbeiterversammlung heute, 18 Uhr, in Schmidt'schen, Berlin, Z. Friedrichstraße 36 a.
OB: Otto Grottel, Vorsitzender, Oststr. 110, heute: 19 Uhr, Mitgliederversammlung bei Seiwitz, Wittenberg-Str. Tagesordnung: Thälmann über Hindenburg.

gelehnt. Angenommen wurde eine Entschließung der oppositionellen Kollegen, in der es heißt:

„Die Vollversammlung der Speditionsarbeiter und Angestellten beschließt, gegen Konzernisierung und die damit verbundenen Massenentlassungen und Lohnabbau in allen Betrieben in enger Verbindung mit den ebenfalls zum Streik rufenden Möbeltransportarbeitern sofort den Streik vorzubereiten und durchzuführen.“

In der roten Front Ernst Thälmanns gegen Entlassungen und Lohnabbau!

Die Entschließung betont dann weiter, daß dieser Kampf nur in der roten Einheitsfront gegen die Manöver der „Eisernen Front“ geführt werden kann und daß deshalb alle Kollegen zur Wahl für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann mobilisiert werden müssen.

Dieser große Erfolg der roten Einheitsfront unter den gewerkschaftlich organisierten Speditionsarbeitern und -angestellten war nur möglich, weil die Anhänger der AOB durch ihre tägliche Kampforganisation in den Betrieben den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie durchkreuzten und sie durch die Praxis davon überzeugten, daß einzig und allein die AOB, den Kampf organisiert.

Der Schwindelkongreß einberufen!

In allen Teilen des Reiches wenden sich immer zahlreicher die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Verrat- und Betrugsmanöver der „Eisernen Front“. In dieser Situation bereitet die Gewerkschaftsbürokratie ihr größtes Betrugsmanöver vor, das sie in den letzten Jahren durchgeführt hat. Der Bundesauschuss des AOB teilt mit, daß der „Krisentongreß“ nunmehr endgültig am 23. März in Berlin, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats zusammenzutreten soll.

Neue Schiebungen bei DMB-Wahlen

Der Bonze Riedel propagiert Mussolini-Methoden bei den Schloßern

Auch in der Wahlkörperversammlung der erwerbslosen Maschinen-, Auto- und Bauarbeiter, die gestern stattfand, versuchten die DMB-Bürokraten den Einfluß der Opposition mit allen Mitteln der Vergewaltigung und Schiebung zu unterdrücken.

Über den Antrag eines oppositionellen Kollegen auf Beirichterstattung von der letzten Generalversammlung ließ Riedel erst gar nicht abstimmen. Die oppositionellen Kollegen hatten zwei Anträge eingereicht. Der erste forderte, daß die Delegierten zur Generalversammlung durch Wahl in den Wahlbezirken gewählt werden. Nach den berühmten Ausschlagsmethoden von Hentschel wurde er mit 62 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag forderte die Schaffung der bereits auf dem Gewerkschaftskongreß 1922 beschlossenen Industrieverbandsände. Um die Stimme der Opposition zu unterdrücken, ließen die Bonzen einen Antrag auf Schluß der Debatte stellen. Dieser wurde jedoch abgelehnt.

Bei der Abstimmung wurden 67 Stimmen für und 64 gegen

Ernst Thälmann spricht

am Sonnabend, dem 3. März, 19.30 Uhr, in den „Prachtsälen am Märchenbrunnen“ Am Friedrichshain 27—28.

zu den Arbeitern und Angestellten der BVG., Gas-, Wasser- und Bawag-Betriebe über „Der Weg zum Sozialismus“.

Polizei gegen Streikende vom Märchenbrunnen-Kino

Nazis als Streikbrechergarde der jüdischen Unternehmer

Am Dienstag ist die Belegschaft der Lichtspiele am Märchenbrunnen in den Streik gegen die Maßregelung von zwei AOB-Kollegen getreten. Mit allen Mitteln des Terrors gehen die Unternehmer Storch und Ehrlich gegen die streikende Belegschaft vor. Den Betrieb versuchen sie mit Hilfe einer Streikbrechergarde, die aus SA-Leuten zusammengesetzt wurde, aufrechtzuerhalten. Die Nazis betätigen sich also hier als Streikbrechergarde der jüdischen Unternehmer. Mit Gummiknüppeln schlugen sie bereits auf die Streikenden ein.

Auch die Polizei ist gegen die Streikenden mobilisiert worden. Jeder Streikposten wird vor dem Kino vertrieben, die Streikplakate sind von der Polizei beschlagnahmt worden. Insgesamt wurden bis jetzt sechs Personen vor dem Kino von der Polizei verhaftet und in das Polizeipräsidium abtransportiert.

Drei Angestellte des Betriebes werden weiter in Haft gehalten. Unter ihnen befindet sich die Kassiererin des Theaters, die von mehreren Kriminalbeamten drei Stunden lang verhört wurde.

In Bunde mit der Polizei und mit den Nazis versuchen die Unternehmer den Kampf der Belegschaft zu brechen. Das muß den härtesten Protest der gesamten werktätigen Bevölkerung Berlins herausfordern. Der Kinobesitzer Storch und Ehrlich besitzt besonders in den Profiteuren zahlreiche Kinos, deren Publikum ausschließlich aus Arbeitern und Angestellten besteht. Diese Lichtspieltheater sind Alhambra, Kopenstraße, Kneisebeckplatz, Neufelde, D.M., Rippen der Straße, Mozarfsaal, Kolonnenplatz, Sparras-Städtchen, Müllerstraße, Rosendorfer-Kino, Spandau, Havel-Städtchen, Spandau, Elite-Städtchen, Neufelde, Hermannstraße.

Organisiert Gewerkschaftsversammlungen gegen den Betrug der Bonzen!

Auf diesem Kongreß wollen die Bonzen, die sich unter Aufschaltung jedes Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder zum Frankfurter Kongreß begeben hatten und dort Stegerwalds Rotverordnungsmodell zujubelten, ihren Arbeitsbeschaffungschwund vom Stapel lassen. Dieselben Leute, die alle Arbeitsbeschaffungsanträge der Kommunisten abgelehnt haben, dieselben Leute, die jeder Abbaumaßnahme gegen die Arbeitslosen zugestimmt haben, wollen Neben über Arbeitsbeschaffung halten, um nach dem Zusammenbruch ihrer bisherigen Schwindelmauer die rebellierenden Gewerkschaftsmitglieder erneut für die Streikführerschaft der „Eisernen Front“ einzufangen.

Inzwischen bereiten sie mit den Unternehmern neuen Unterdrückungsabbaun vor. Das enthält der „Berliner Börsen-Courier“ vom 24. Februar, wenn er über Verhandlungen, die unter Anwesenheit der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer geführt werden, schreibt:

„Über einen Punkt herrscht bei allen Beteiligten die gleiche Auffassung: die Idee der Versicherung bei der Arbeitslosenunterstützung läßt sich in diesen Notzeiten nicht länger aufrechterhalten.“

Der stetigere Kampfwille der Gewerkschaftsmitglieder, ihre immer zahlreicheren Befehlskräfte zur roten Einheitsfront müssen ausgenutzt werden, um unter ihnen einen Massensturm gegen die betrügerischen Absichten der AOB-Bürokratie zu entfachen. In allen Orten, in allen Gewerkschaften, in allen Branchen müssen Versammlungen der Gewerkschaftsmitglieder einberufen werden, die entgegen dem Willen der Bürokratie Delegierte wählen, die auf dem Krisentongreß die wahren Interessen der Gewerkschaftsmitglieder vertreten und den Betrugsmanövern der Bonzen entgegengetreten.

den Antrag der Opposition abgegeben. Trotzdem brachte es der Verbandsangestellte Hentschel fertig, zu erklären: „Der Antrag ist mit 64 zu 64 Stimmen abgelehnt“. Als die Kollegen empört gegen die Ausschlagsmethoden der Bonzen protestierten, schlug Riedel gütterhaft vor, man könne ja das Los entscheiden lassen. Diese neue Schiebung löste einen Sturm der Entrüstung bei den Mitgliedern aus.

Riedel versuchte die Tagesordnung fortzusetzen. Die Mitglieder protestierten weiter. Daraufhin löste Riedel die Versammlung auf, nur die Maschinenarbeiter sollten weiter im Saal bleiben. Als ein Teil der übrigen Kollegen nicht sofort den Saal verließ, drohte Riedel, er werde von seinem Hausrecht Gebrauch machen.

Schon vorher hatte er während der Proteste der Kollegen gegen seine Abstimmungsverfahren wörtlich erklärt, er werde jetzt

Mussolinimethoden gegen die Mitglieder

anwenden. Mehrmals versuchte er auch, allerdings vergeblich, oppositionellen Kollegen das Wort zu verweigern.

Die Fortsetzung der von den Beauftragten der Reichsregierung Wahlkörperversammlung findet am Montag, dem 7. März, um 11.30 Uhr, im Verbandshaus statt. Schon jetzt müssen die erwerbslosen DMB-Mitglieder dieses Wahlkörpers zu dieser Versammlung mobilisiert werden. Auch zu den übrigen Wahlkörperversammlungen, die, wie wir bereits gemeldet haben, in den nächsten Tagen stattfinden, muß die größte Massenmobilisierung durchgeführt werden, insbesondere müssen auch die DMB-Mitglieder in ihren Betrieben gegen den Arbeitsbeschaffungschwund bei der AOB-Bonzen Stellung nehmen.

Zentralverband der Zimmerer fürchtet die Opposition

Die Berliner Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer am 19. Februar fand ganz im Zeichen der Angst der Verbandsbonzen vor dem Vormarsch, den die Opposition trotz dem Vorhandensein des roten Bauarbeiterverbandes auch in diesem reformistischen Verband angetreten hat.

Zu Beginn der Konferenz leitete der Verbandsbonze Frach mit, daß der von den Kameraden gewählte Delegierte Hiescher nicht zugelassen werde, weil er an einem Kursus der AOB teilnehme. In seinem Referat erklärte er: „Die Hauptgefahr für die Zimmerer ist nicht der Lohnabbau durch die Unternehmer, sondern die Tätigkeit der AOB.“ Es sei ein Skandal, daß in der letzten Mitgliederversammlung dem Referat des Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kauter ein Vertreter der Opposition unter hartem Beifall entgegengetreten konnte. Zu Pantow hätten die Mitglieder sogar verlangt, daß ein Korrespondent vom Einheitsverband für das Baugewerbe zugelassen werde.

In der Diskussion verlangten zahlreiche Mitglieder „Schluß mit der Rotverordnungspraxis“ und Abbau der hohen Gehälter der Verbandsbonzen. Frach und Ziegen bestellten darauf einen Antrag auf Abbau der geringfügigen Entschädigung der Bezirksführer um 50 Prozent und der Kassierer um 25 Prozent. Dieser Antrag erntete aber kümmerlichen Protest der versammelten Zimmerer und wurde fast einstimmig abgelehnt.

Der Verlauf dieser Delegiertenversammlung zeigt, daß es bei weiterer Vertiefung der Oppositionsarbeit möglich sein muß, auch die letzten Mitglieder des reformistischen Verbandes in die Rote Einheitsfront einzuziehen und dadurch einen wichtigen Schritt zur Wiedervereinigung der Einheit in der Berliner Bauarbeiterbewegung zu vollziehen. In allen Bezirken müssen die Mitglieder des Verbandes Delegierte zur Kampfkongreß der Bauarbeiter wählen.

Kriegsvorbereitung der II. Internationale

Eine heuchlerische „Friedenskundgebung“

die den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet

Die II. Internationale, diese Vereinigung der sozialimperialistischen Parteien der kapitalistischen Länder, wendet sich mit einer „Kundgebung gegen Japan“ an die Arbeiter aller Länder. Diese „Kundgebung“ erhebt, nachdem der japanische Imperialismus die Mandchurei besetzt, Tschapei, die rote Arbeiterfront Schanghai, durch Artillerie und Fluggeschosse in einen Trümmerhaufen verwandelt hat und seine Truppen zu weiteren Raubzügen in China und zum Krieg gegen die Sowjetunion konzentriert. Nach monatelangem Schweigen hat die II. Internationale die Sprache gefunden. Aber diese Kundgebung ist keine Aktion gegen die imperialistischen Räuber, die bereit sind, China unter sich aufzuteilen und gemeinsam über die Sowjetunion herzufallen. Diese Kundgebung ist ein heuchlerisches sozialimperialistisches Manöver, das den europäischen imperialistischen Mächten zur Hilfe kommen soll. Die Imperialisten Europas und Amerikas befehlen, daß der japanische Imperialismus bei der blutigen Unterjochung des chinesischen Reiches der letzten Tage laufen darf hinaus, mit dem japanischen Imperialismus zu einer Verständigung zu kommen auf der Basis: Japan bei allen Provokationen gegen die Sowjetunion zu unterstützen, Japan in der Mandchurei und Mongolei freie Hand zu lassen, das „Recht“ Japans auf Ausplünderung dieses Teiles Chinas anzuerkennen und sich über die Aufteilung des übrigen Chinas „tribülich“ zu verständigen. Das ist der eigentliche Zweck aller „Bemühungen“ des englischen Imperialismus einen Waffenstillstand zustande zu bringen. Die „Kundgebung“ der II. Internationale soll diese Bemühungen unterstützen. Darum fordert die II. Internationale die moralische Rechtfertigung Japans, die Nichtanerkennung aller japanischen Eroberungen in China, die „Anwendung aller wirtschaftlichen und finanziellen Druckmittel um Japan zur Einstellung seines Raubzuges zu zwingen.“ Die II. Internationale richtet die „Forderungen“ an die im „Völkerbund“ vereinigten imperialistischen Mächte, die den japanischen Raubzug mit allen Mitteln durch Anleihen, Munition, und Waffenlieferungen unterstützen, weil das für sie ein profitables Geschäft ist.

Die Imperialisten werden den Aufruf der II. Internationale als Unterstützung ihrer Aktion zu würdigen wissen. Es kommt für die Imperialisten darauf an, die Arbeitermassen über die wirkliche Lage, über ihre Pläne, vor allem über ihre Angriffspläne auf die Sowjetunion zu täuschen und die Arbeiter der kapitalistischen Länder für ihre Ziele zu mobilisieren.

Und gerade in dieser Hinsicht, erfüllt der Aufruf der II. Internationale alle Anforderungen die die Imperialisten an ihre sozialdemokratischen Vorkämpfer stellen. Während z. B. selbst die bürgerliche Presse in Deutschland unter dem Druck der Tatsachen zugeben muß, daß der von Japan begonnene Raubkrieg in der Tat der Auftakt zum Krieg gegen die Sowjetunion ist, und der bisher nur durch den Friedenswillen der Sowjetunion verhindert wurde, während der japanische Räuber es nicht einmal für notwendig hält die Provokationen gegen die Sowjetunion mit diplomatischen Mäßen zu verkleinern, während also solche gravierenden Tatsachen vorliegen, hat die II. Internationale zu allem nichts zu sagen und schweigt über diese brennendste Frage in allen Sprachen. Über gerade dieses Schweigen entspricht den momentanen Interessen der imperialistischen Räuber denn unter diesem Schutz können sie um so ungehörter das Komplott gegen die Sowjetunion schmieden.

Die Sozialimperialisten der II. Internationale bereiten aber auch zugleich durch ihre „Kundgebung“ den Ueberfall aller imperialistischen Räuber auf die Sowjetunion vor. „Wir wissen“, schreiben die Adler, Wels, Henderson, Vandervelde in ihrer „Kundgebung“, „daß der Krieg in Ostasien, wo die imperialistischen Interessen aller Großmächte zusammenstoßen, früher oder später einen neuen Weltbrand entzünden kann.“

Die Sowjetunion, das Land des sozialistischen Aufbaus, das einzige Land, wo der Kapitalismus vernichtend geschlagen wurde und das sich jetzt unter der Herrschaft der Arbeiterklasse auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft befindet, wird in dieser „Kundgebung“ von den Raketen der Imperialisten mit dem japanischen Imperialismus auf eine Stufe gestellt. Gerade das brauchen die Imperialisten: die Legnung der Tatsache, daß der Angriff auf die Sowjetunion ein Akt der gegen alle Ausgebildeten und Unterdrückten der ganzen Welt bedeutet. Die Sozialimperialisten behaupten heute, daß die Sowjetunion eine „imperialistische Großmacht“ sei, um morgen die Lösung, den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion zu unterstützen, ausgeben zu können.

Die Vandervelde, Kium, Henderson, Crispian, Wels und wie die Helden der Zweiten sozialimperialistischen Internationale alle heißen, haben in der Vergangenheit gezeigt, daß sie zu jeder Schandtatsache bereit sind. Sie haben als Minister der imperialistischen Regierungen eine brutale imperialistische Politik von Blut und Eisen gegen die Araber, Ägypter, Indier, Chinesen usw. durchgeführt. Sie unterstützen das räuberische Versailles-System, das aus den Knochen der deutschen Arbeiterklasse Milliarden herausgesprengt hat, sie sind die Apostel des „Völkerbundes“ dieser Vereinigung imperialistischer Räuber zur Unterdrückung und Ausplünderung der Schwächeren.

Die II. Internationale ist die Hauptstütze des räuberischen Imperialismus. Ihre „Kundgebungen“ und „Aufrufe“ für den Frieden“ erbärmliche, heuchlerische Betrugsmanöver. Dem imperialistischen Raubkrieg ein Ende machen, den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion verhindern, kann nur die Arbeiterklasse eines jeden kapitalistischen Landes, indem sie den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufnimmt, indem sie durch ihre Aktionen die Waffen und Munitionstransporte verhindert, sich entschlossen um die kommunistische Partei handelt, die sozialimperialistischen Verräter aus den Reihen der Arbeiterbewegung verjagt und alle Kräfte zur Verteidigung der Sowjetunion, des Vaterlandes aller Werktätigen einigt.

Das Bekenntnis für den roten Arbeiterkandidaten Thälmann, den Kandidaten der internationalen Arbeiterklasse, ist ein Ergebnis des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Nur unter der Führung der kommunistischen Partei, der Partei Lenin, die vor 14 Jahren als einzige Partei die Fahne des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg hochhielt, die in Rußland durch den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern dem imperialistischen Krieg ein Ende machte, die zur Weltpartei geworden ist, kann die Arbeiterklasse sich erfolgreich gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher kämpfen.

Verrat an Schanghai Verteidigern?

Japan organisiert die Weißgardistenbänder in der Mandchurei

Schanghai, 2. März. Der neue Angriff der japanischen Truppen auf Schanghai wurde durch eine Landung der Japaner bei Neich eingeleitet. 3000 japanische Soldaten wurden unter dem Schutz des Trommelfeuers ans Land geleitet. Da das chinesische Kommando, welches hier Kuomintang-Generale an der Spitze war, keine besonderen Vorkehrungen zu treffen vermochte, ist die Landung gelungen. Weil so Mücken und Flanke des Verteidiger Schanghai gefährdet wurden, mußten die chinesischen Truppen nach heftigem Widerstand die Stellungen räumen.

Gleichzeitig legte der Generalangriff der japanischen Truppen gegen Tschapei ein. Nach schwerer beiderseitiger Beschießung trat die in Mücken und Flanke lebte chinesische 18. Armee den Rückzug an, der sich vollständig geordnet und militärisch vollzieht. General Tschapei steht in hohen Flammen.

Als die japanischen Truppen einrückten, war der Stadteil von der chinesischen Zivilbevölkerung geräumt. Nur einige Schanghaiern waren noch hinter den Trümmern versteckt und brachten den japanischen Truppen Vorräte bei. Die Chinesen verstecken sich gegenwärtig der Eisenbahnlinie Schanghai-Santschou entlang zurück. Die japanischen Truppen haben Nantschong besetzt.

Unter den chinesischen Soldaten und unter der Bevölkerung herrscht heftige Empörung gegen die Kuomintang. Allgemein wird angenommen, daß der Rückzug der chinesischen Truppen mit den diplomatischen Verhandlungen im Zusammenhang steht und daß die Kuomintang-Führung Schanghai Verteidigern verraten hat. Dies gewinnt auch dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß das aus Kuomintang-Leuten bestehende Büro der öffentlichen Sicherheit

in Nantschong, das jetzt die Stadtverwaltung inne hat, einen Aufruf an die Soldaten erteilt, dem eventuellen japanischen Vormarsch gegen Nantschong keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Japanische Generale begrüßen ihre weißgardistischen Komplizen

Beiping, 2. März. Trotz der offiziellen Versicherungen der japanischen Regierung, daß Japan nichts mit den sowjetfeindlichen Aktionen der Weißgardisten zu tun habe, erweisen die Weißgardisten unter dem Schutz des japanischen Kommandos in der Mandchurei eine lebhafteste Tätigkeit. Die weißgardistischen Nachabteilungen, die aus Charkin auf der Station Goubantzi an der Beiping-Mulden-Eisenbahn anlangen, wurden vom japanischen Militärkommando sowie von den chinesischen Militärlisten - japanischen Kreaturen - herzlich empfangen. Das japanische Kommando landete eine Kavallerieabteilung zum Bahnhof, um die Weißgardisten zu empfangen.

Die japanischen Offiziere begrüßten besonders die angekommenen Weißgardisten, worauf diese in die besonders zu diesem Zweck von den Japanern bereitgestellten Kaffeehäuser geführt wurden. Der Sekretär des japanischen Konsulats in Charkin empfing eine Delegation der Weißgardisten. Die Weißgardisten veranstalteten gestern unter dem Schutz des japanischen Kommandos und der chinesischen Behörden in Charkin sowjetfeindliche Demonstrationen vor dem Direktionsgebäude der Ostchinesischen Eisenbahn. Die demonstrierenden Weißgardisten stießen dabei allerlei Drohungen gegen die Sowjetunion und ihre Vertreter aus.

100 000 Kommunalarbeiter im Streit

Ungebrochener Streikwille im Dombrowaer Revier

Warschau, 2. März. Die Kommunalbeamten von Warschau und hundert anderen polnischen Städten haben am 1. März ihren Streikschluß durchgeführt. Hunderttausend Kommunalbeamte sind angestellte sind in den Streik getreten. Allein in Warschau haben 20 000 Gemeindeangestellte gestreikt. Der Streik dauerte 24 Stunden. Es war ein Proteststreik der Kommunalbeamten und angestellten gegen die angeordneten Wohnveränderungen und gegen die Mißstände in der Lohnauszahlung. In manchen Gemeinden haben die Beamten bereits seit Monaten keinen Lohn ausgezahlt erhalten. Die Einmütigkeit, mit der dieser Streik

durchgeführt wurde, hat in Regierungskreisen Nervosität und Unruhe ausgelöst. Dies um so mehr, als der am 1. März stattgefundene Streik einen mächtigen Auftakt zu einem weiteren verzweigten Kampf bedeutet.

Im Dombrowaer Revier, wo der Generalstreik der Bergarbeiter bereits seit zwei Wochen anhält, verühten die Reformisten, den Streik dadurch abzumildern, daß sie eine Geheimabstimmung beantragten. Die Geheimabstimmung wurde durchgeführt und ergab trotz der Sabotage der Reformisten eine überwiegende Majorität für die Fortsetzung des Streiks.

Englische Gewerkschafter gegen Japans Raubkrieg

Massenproteste englischer Arbeiter

London, 2. März. Der „Daily Worker“, das Zentralorgan der K.P. Großbritanniens, hat in den letzten Tagen 148 Protestresolutionen gegen den imperialistischen Raubzug in China veröffentlicht. Die Resolutionen fordern die Zurückziehung der britischen Truppen und Kriegsschiffe, den Boykott der Munition- und Truppentransporte. Sie drücken die Solidarität der englischen Arbeiterklasse mit den chinesischen Arbeiter und Bauern sowie den festen Entschluß aus, die Sowjetunion und die chinesischen Sowjets gegen jeden Angriff zu verteidigen.

38 Protestresolutionen wurden von örtlichen Gewerkschaften gefordert (acht von Transportarbeitergewerkschaften, Neben von örtlichen Bergarbeitergewerkschaften, Neben von örtlichen Gewerkschaften der Eisenbahner, drei von Frauengewerkschaften, drei von örtlichen Gewerkschaften der Elektricitätsarbeiter usw.) 47 Protestresolutionen wurden auf Massenveranstaltungen angenommen; acht von Erwerbslosenausschüssen, 15 von Massenveranstaltungen, die von den Erwerbslosenorganisationen einberufen waren, acht auf Massenveranstaltungen der Freunde der Sowjetunion, drei auf Massenveranstaltungen der Liga gegen Imperialismus usw.

Massenkundgebungen gegen den imperialistischen Krieg in Frankreich

Paris, 2. März. Gestern bestet die kommunistische Partei eine Massenversammlung gegen den imperialistischen Krieg ein. Mehr als 8000 Arbeiter füllten den Saal und laulobend mußten umkehren, weil sie keinen Platz mehr fanden. Nach Anhörung der Ausführungen der Genossen Semard und Vaillant-Couturier nahm die Versammlung eine scharfe Entschließung gegen den imperialistischen Krieg und für den Schutz der Sowjetunion an.

In einer großen Anzahl von Betrieben fanden Antikriegskundgebungen statt. Alle kommunistischen Gemeindevorstellungen Frankreichs haben Resolutionen gegen den imperialistischen Krieg angenommen.

Kein Kriegsmaterial an Japan!

Vorstoß unserer tschechischen Parlamentsfraktion

Prag, 2. März. Die kommunistische Parlamentsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen an Japan gefordert wird.

In der Interpellation werden folgende durch Arbeiterfreisprecher und die kommunistische Presse ausgedrückte Tatsachen angeführt:

Die Tschechoslowakei liefert ununterbrochen an Japan Geschütze, Maschinengewehre, Munition, Gasgranaten und andere

Waffen. So liefern z. B. die Skodawerke vor allem Munition für Feldartillerie und Handgranaten, aber auch in größerer Anzahl Maschinengewehre und Handgranaten. Bisher wurden Japan 15 000 Granaten geliefert, darunter 2000 Stück mit Giftgasen gefüllt. In den letzten Wochen bestellte die japanische Militärkommission bei den Skodawerken große Mengen schwere Munition. Auch die Brünnener Munitionsfabrik erhielt eine große Bestellung von Japan. In letzter Zeit wurden 250 000 Gewehre, 500 schwere und 800 leichte Maschinengewehre abgeliefert. Die Transporte werden hauptsächlich über Triest geführt, in der letzten Zeit aber auch über Hamburg, von wo sie von dänischen und englischen Schiffen bis nach Yokohama und Schanghai transportiert werden. Der Wert des Kriegsmaterials, das bei den Skodawerken bestellt wurde, übersteigt 120 Millionen Kronen.

Wissuditi in Bulgarett

Warschau, 2. März. Wissuditi ist gestern nach Bulgarett abgereist, wo er einige Tage verbringen und mit dem dortigen Generalstab Verhandlungen führen wird.

Die Reise Wissuditis nach Bulgarett gerade im gegenwärtigen Augenblick steht im engsten Zusammenhang mit den Ereignissen im Fernen Osten. Es werden in Bulgarett zwischen Wissuditi und dem rumänischen Generalstab Verhandlungen über den Aufmarsch gegen die Sowjetunion geführt.

Massenkundgebung in Moskau gegen den Mord an den 8 Hegerjungen

Moskau, 2. März. (Von unseren in die Sowjetunion entsandten W.B.-Reaktionsmitgliedern.)

Am 1. März fand hier eine große Massenkundgebung gegen die geplante Ermordung der acht Hegerjugendarbeiter statt. Die Vertreter der Internationalen Roten Hilfe und der kommunistischen Jugendinternationale trafen von der Tribüne dieser Kundgebung die gesamte Weltarbeiterklasse und ihre Jugend auf, eine Protestwelle für die acht Jungeger zu organisieren. Wir müssen dem amerikanischen Imperialismus diese auf Grund verlogener Auslagen rekrutierten jungen Arbeiter entziehen.

Eisenbahnerstreik in Bombay

Bombay, 2. März. In den Werksstätten der Great Indian Peninsula Railway in der Bombayer Vorstadt Matunga haben 4000 Arbeiter, sind als Protest gegen die Weigerung der Behörden, die Löhne für die Zeit der streikenden Ausperrung zu bezahlen, in den Streik getreten.

Ausruf Hitlers für Young und Versailles

Wahlaufruf der Nazis, eine Verbeugung vor Hindenburg und offene Zustimmung zur Notverordnung- und Tributpolitik Brüning

Gestern veröffentlichten die Nazis ihren Ausruf zur Reichspräsidentenwahl. Mit starken Worten wird da über das „System“ geschimpft, über die „schamlose Vongewalt der Volkswirtschaft“, über die „jüdische Pseudo-Demokratie“, über die „feigen Speichbürgerlichen Geldpatrioten“.

Die Hakenkreuzler brauchen diese Schimpfkampagne, um darüber hinwegzutäuschen, daß ihr Ausruf in Wirklichkeit die Zustimmung zur Youngklaverei, zu den Versailler Tributverträgen und zur Notverordnungs-diktatur Brüning's bedeutet.

In dem ganzen Ausruf steht nicht ein einziges Wort zum Kampf gegen Young und Versailles, nicht ein einziges Wort zum Kampf gegen Brüning's Lohn- und Unterkümmungsabbau!

Stahlhelm veründet Hitlers Bankrott

Im Gegenteil, auch dieser Ausruf enthält eine tiefe Verbeugung vor dem „ehrwürdigen alten Mann“, obwohl der Generalfeldmarschall seinen Namen unter die Young-Gesetze schrieb.

Mit diesem Ausruf haben die Nazis noch einmal offiziell bewiesen, daß sie eigentlich nichts mehr von diesem „System“ trennt. Die Scheinopposition gegen Tributklaverei und Notverordnungs-diktatur wird zu den Alten gelegt. Die gutbezahlten Posten in der Republik sind wichtiger. Diese Haltung der Nazis ist zum Teil die Ursache für den Krach in der Harzburger Front, was in dem Führerbrief des „Stahlhelm“ vom 26. Februar offen ausgesprochen wird. In diesem Schreiben, das nur an die Funktionäre der schwarz-weiß-roten Arbeitermordorganisation geht, heißt es über die Verhandlungen zwischen Hitler und Seelke:

„Die Stahlhelmführung erklärte, daß sie dem Entschluß des Herrn Hitler, für die Reichspräsidentenschaft zu kandidieren, bedauere, da seine geschichtliche (!) Aufgabe, große Massen des deutschen Volkes aus dem Marxismus zu nationaler Auffassung zu führen, offensichtlich noch nicht beendet sei und er als Reichspräsident naturgemäß in das System hineingehen müßte.“

Offener kann man die Aufgabe Hitlers als Zutreiber für das kapitalistische Ausbeutesystem und seinen Bankrott kaum noch kennzeichnen. Dank dem entschlossenen Kampf der Kommunisten ist Hitlers Angriff auf den Marxismus zurückgeschlagen.

Hitler ist genau wie Hindenburg und Dillenberg ein Kandidat der Kapitalistenklasse, ein Kandidat der Young-Gesetze und Notverordnungen. Gegen diese drei Kandidaten steht der Arbeiter Ernst Thälmann, der Führer der kommunistischen Partei Deutschlands, der einzige Kandidat gegen Young, Versailles und Notverordnungs-diktatur. Für ihn müssen alle Arbeitenden in einer Einheitsfront kämpfen.

Nazi-Betriebszellen als Stützpunkte für Streikbruch

In den Kreisen der Naziführung rechnet man bekanntlich offen mit einer schweren Niederlage Hitlers. Da aber in der Propaganda immer wieder von der „entscheidenden Schlacht“ gesprochen wird, da die SA-Truppen auf die Macht-ergreifung durch die Hakenkreuzler eingestellt werden, werden gleichzeitig Putsch für den Fall der Niederlage vorbereitet. Vor uns liegt ein Geheimschreiben der Nazis.

Dreißiger „Vorwärts“-Schwindel

Wie „Berichte“ über eine Heinz-Neumann-Verammlung entstehen

Der „Vorwärts“ berichtet gestern über eine angebliche Rede des Genossen Heinz Neumann in der Neuföllner Rindl-Brauerei.

Dem „Vorwärts“-Berichterstatter ist ein kleiner „Fehler“ unterlaufen. Er geriet zufällig oder absichtlich in die Rindl-Brauerei in der Hermannstraße, wo Klaus Zweiling in einer SA-Verammlung über die „Festigung“ der „Eisernen Front“ sprach und damit wiederum die Rolle der SA-Führer als „linke“ Stützpunkte der Weis-Politik offenbarte.

Genosse Heinz Neumann sprach aber, einige Minuten entfernt, vor einer diesmal so großen Versammlung der revolutionären Arbeiterjugend in der Unionsbrauerei in der Hasenheide. Seine Rede war, wie unser gestriger Bericht in der „Koten-Fahne“ zeigt, das Gegenteil des flauen Geschwäzes des Herrn Zweiling.

Antifaschisten für Thälmann

Hannover, 2. März. Hier sprach am 1. März in einer wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrten Kundgebung, vor einigen tausend antifaschistischen Werktätigen, der Reichsleiter des Kampfbundes, Kamerad Schlaffer. Nach dem begeistert aufgenommenen Referat erklärten 85 Arbeiter ihren Eintritt in den Kampfbund gegen den Faschismus und 13 Arbeiter ihren Eintritt in die kommunistische Partei. Die von guter Kampfstimmung getragene antifaschistische Massenkundgebung entsandte auf einstimmigen Beschluß an den Kandidaten aller Antifaschisten, den Genossen Ernst Thälmann, ein Telegramm mit einem Sympathie- und Kampfgelübde.

SPD-Arbeiter als rote Wahlhelfer

Beim 38. der SPD. ging am 27. Februar folgendes Telegramm ein:
„Große rote Wahlhelferkonferenz Augsburg, darunter 26 sozialdemokratische Arbeiter. Beglückt Kandidatur Genossen Thälmann als Kandidaten der Armen gegen Kandidaten der Reichen. Geloben, den Wahlkampf zu führen als Kampf gegen Klasse, für die Tages- und Endforderungen der Arbeiterklasse.“
Tausende sozialdemokratische Arbeiter werden dem Beispiel der 26 sozialdemokratischen Genossen in Augsburg folgen.

Leitung der NSDAP. vom 10. Februar über den „Ausbau der Organisation“. In diesem Schreiben wird der Parteibefehl ausgegeben, daß jeder Nazimann, der im Betrieb steht, sich seiner Betriebszelle anschließen muß. Warum? Als Antwort heißt es in dem Schreiben:

„Unsere Zellen müssen so stark sein, um alle lebenswichtigen Arbeiten bei kommender Gelegenheit selbst auszuführen. Kapp-Putsch-Erfahrungen dürfen sich nicht wiederholen.“
Der Hinweis auf den Kapp-Putsch zeigt, daß die Nazis genau wissen, daß der politische Massenstreik im Kampf gegen

SPD. gegen das Streitrecht der Seeleute

SPD.-Anträge im preußischen Landtag auf Aufhebung der Seemannsordnung abgelehnt

In der Sitzung des preußischen Landtages vom 1. März brachte Genosse Kussänder ein furchtbares Anlagematerial über das wachsende Kinderelend in den Preußen der Braun und Grimme. So gehen z. B. 50 000 Berliner Kinder ohne Frühstück in die Schule. Schrecklich wirkt sich auf die heranwachsende proletarische Jugend die Kohlennot im Arbeiterhaushalt bei nachlassenden Kohlenhalten aus. Aber alle Anträge der Kommunisten gegen das Kinderelend wurden in geschlossener Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie abgelehnt.

Geno erging es einem kommunistischen Antrag gegen eine preußische Parallektion zum bekannten Vorstoß des Reichswehrministers Groener gegen die proletarische Kinder- und Jugendbewegung.

Auch ein kommunistischer Antrag, den Bauernführer Klaus Helm sofort freizulassen, wird mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Staatspartei und des Zentrums abgelehnt.

Ein weiterer Antrag der kommunistischen Fraktion verlangte die Streichung der Sonderstrafbestimmung wegen Meuterei in

den Faschismus heute die wichtigste und entscheidendste Waffe der Arbeitermassen ist. Nicht der Stimmzettel schlägt Hitler, sondern der politische Massenstreik!

Neue Rebellion in der Berliner SA

Die schamlose Anbiederung Hitlers an das ausländische Youngkapital, sein völliger Verzicht auf den Kampf gegen Young, Versailles und Notverordnungs-diktatur hat innerhalb der Berliner SA große Erbitterung und Unruhe hervorgerufen. Wie eine bürgerliche Zeitung berichtet, kam es in zahlreichen Sturmaufstellungen zu heftigen Auseinandersetzungen, teilweise mit der offenen Drohung des Übergangs zu den Kommunisten. Die gleiche Zeitung stellt fest, daß die monatlichen Ausgaben der Hakenkreuzpartei 5 Millionen Mark betragen.

Die Rebellion der SA-Proleten ist verständlich. Sie wollen sich nicht an das deutsche und ausländische Youngkapital verkaufen und verraten lassen. Schluß mit dem Kapitalistenrecht Hitler! Kämpft in der roten Einheitsfront für den einzigen antifaschistischen Kandidaten Ernst Thälmann!

Zum Internationalen Frauentag am 8. März

„Durchhalten!“

Das war die Losung der Frau Juchacz während des imperialistischen Krieges

Zu der feierlichen Rede der SPD-Abgeordneten Juchacz im Reichstag schreibt uns eine Arbeiterin:

Mit Entrüstung lese ich im „Vorwärts“ vom 27. Februar eine demagogische Rede der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Frau Juchacz. Zuerst, wenn es zu den Wahlen geht, verurteilt die Sozialdemokratie, den Friedenswillen der Frauen für ihre Zwecke auszunutzen. Wer erinnert sich nicht an die Wöbelwagen zu den weggenommenen Wahlen, wo es hieß: „Keine Panzerkreuzer, aber Kinderprüfung!“ Welche wertvolle Frau erinnert sich nicht, daß diese Parole sofort nach den Wahlen zum alten Eisen geworden wurde. Derselben Betrag versucht die Sozialdemokratie mit heuchlerischen Friedensreden in einem Augenblick, wo der imperialistische Krieg bereits begonnen hat. Diesmal macht Frau Juchacz die Wöbelwagenparole.

Frau Juchacz forderte die wertvollen Frauen auf, Hindenburg zu wählen. Sie sagte: Die Frauen wollen keinen Weltkrieg, und schloß ihre Rede mit den Worten: „Für Frieden und Freiheit! Für Frauenrecht und Frauenwürde! Gegen den Todfeind, den Faschismus!“

Ich erinnere mich an den Krieg. Ich erinnere mich an die Zeit von 1917, wo die Sozialdemokratie immer noch „Durchhalten“ predigte. Wo Proletarierinnen in Deutschland, stets mit einem Fuß im Juchaczhaus stehend, gegen den Krieg kämpften, wo war da Frau Juchacz? Kämpfte sie Schulter an Schulter mit uns gegen den Krieg? Nein, sie kämpfte gegen uns. Sie hat in den

Mattagen des Jahres 1917 die schändlichste Rolle gespielt, die je eine Frau übernehmen konnte.

27 Jahre lang hat Clara Zetkin die „Gleichheit“, das Organ der internationalen Frauenbewegung geführt. Drei Jahre, trotz Krieg und Belagerungsstand das Banner der internationalen Solidarität hochgehalten, den Krieg bekämpft.

Mit einem frechen Gemalteschrei wurde sie ihres Postens als Redakteurin der „Gleichheit“ enthoben. Die „Gleichheit“ wurde ein Organ der deutschen Arbeiterpartei.

Wer aber gab sich dazu her, an die Stelle Claras zu treten, wer dachte mit seinem Namen das schändliche Werk? Es war Frau Juchacz, die jetzt in der „Gleichheit“ den imperialistischen Krieg verherrlichte, den Frauen „Durchhalten“ predigte.

Mit Entrüstung lehnen die wertvollen Frauen es ab, sich für die Zwecke der Bourgeoisie mißbrauchen zu lassen. Sie lehnen es ab, sich durch die hochtrabenden Redensarten der Frau Juchacz erneut vor den Karren der Reaktion spannen zu lassen, mit Hilfe der SPD und Hindenburgs den Weg für Groeners Nazireichswehr freizumachen.

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, bekunden die wertvollen Frauen, daß sie mit der kommunistischen Partei kämpfen, gegen den Sozialfaschismus der Juchacz und Genossen, für die Herbeiführung der Arbeiterklasse unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Notendeckung erneut zurückgegangen

Nach dem neuen Reichsbankausweis hat der Notenumlauf in den letzten acht Tagen um 280 Millionen zugenommen, so daß jetzt rund 4,7 Milliarden Mark im Umlauf sind. Die Goldbestände sind um 1 Million auf 928 Millionen zurückgegangen, die Devisenbestände haben sich um 3 Millionen auf 149 Millionen erhöht. Infolge dieser Entwicklung ist die Notendeckung von 28,9 auf 25,2 Prozent zurückgegangen.

Schwere Zusammenstöße mit Nazis in Essen

Essen, 2. März. In Essen-Borbeck kam es gestern abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und nationalsozialistischen Sturmabteilungen. Die Nationalsozialisten hatten eine Versammlung durchgeführt. Nach der Versammlung verurteilte eine Gruppe Nationalsozialisten einen Arbeiter zu überfallen, der schlief. Die Nationalsozialisten verfolgten den Arbeiter durch mehrere Straßen.

Zusätzlich waren die Arbeiter auf die Verfolgung aufmerksam gemacht, sie flüchten sich in der Gestalt der Nationalsozialistischen Terrorbanden entgegen. Es kam zu einem

Handgemenge, in dessen Verlauf die Nationalsozialisten auch Schüsse abgaben. Die Nationalsozialisten wurden schließlich zurückgeschlagen, wobei sie 11 Verletzte hatten. Die Polizei nahm keine Verhaftungen vor.

In drei Zeilen...

Vom Reichsinnenministerium wurde angeordnet, daß Wahlplakate für die Reichspräsidentenwahl nur bei einer Zentralfstelle der Länderregierungen vorgelegt werden müssen, die eine generelle Erlaubnis für das ganze Land erteilen.

Zu den Mecklenburgisch-Strelitzer Landtagswahlen wurden neben Wahlvor schläge eingereicht. Der Vorschlag der kommunistischen Partei trägt die Nummer 5.

Die Stadt Münster hat für das Jahr 1931 einen ungedeckten Fehlbetrag von 5 Millionen Mark. Die Bürgersteuer ist auf 350 Prozent erhöht worden.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Henschel, Berlin; für Anzeigen und Geschäftsvermittlungen: Gustav Bode, Berlin; Druck und Verlag: Vereinigte Verlagsbetriebe GmbH, Berlin; Adressen: Altes Postfach 26, Prenzlauer Berg, Telefonnummer 61, Berlin 18.

Wir erobern die Betriebe

Nummer 47 2. Beilage

Donnerstag, 3. März 1932

Rüstet zum Internationalen Frauentag am 8. März!

Die abgestanzten Finger der Jungarbeiterin

Abteilungsleiter Quarf bei Grünwalds Registrieratur treibt die Arbeiterinnen mit der Taschenuhr in der Hand an — Daraufhin schwere Unfälle — Nazi als Latai des „böswilligen“ Kapitals — Die Angestellten erwarten nur von der KPD. Hilfe

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Am 2. Februar und auch am 6. Februar erschienen Korrespondenzen von Arbeiterinnen in der „Roten Fahne“, die die ungeheuerlichen Zustände in dem Betrieb Grünwalds Register & Co., A.G., Neuföln, Kaiser-Friedrich-Strasse 132, geschildert haben, in denen auch mitgeteilt wurde, daß einem Kriegsblinden der Finger abgestanzt worden ist. Die Korre-

Zu diesen schrecklichen Folgen führt nicht nur diese wahn-sinnige Antreiberei, sondern auch der Umstand, daß die Firma die allerbilligsten, manchmal ungeliebten Kräfte sucht, was von dem Meister auch zugegeben wurde.

In der Packerei ist vormittags keine Arbeit vorhanden und nachmittags soll unter unexhorzierender Antreiberei alles erledigt werden.

Bei der Besprechung mit Kollegen und Kolleginnen des Betriebes stellte sich heraus, daß der reformistische Betriebsrat gar nichts gegen diese Zustände unternimmt, sondern seine ganze Sorge besteht darin, gegen die KPD. zu hetzen, und es wird als die wichtigste Aufgabe betrachtet, den Chef gegen die Angriffe in Schutz zu nehmen.

Wir Arbeiterinnen und Arbeiter von Grünwalds, Register u. Co. sind darüber im Klaren, daß nur ein rücksichtsloser, revolutionärer Kampf diese mörderischen Zustände verbessern und am Ende beseitigen kann. Und wir sind alle dabei, hier die rote Einheitsfront zu schmieden gegen die drohende Kriegsgefahr und für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Die Staatsanwaltschaft, Polizei und Gewerkepolizei sind bald an Hand, wenn etwas gegen die Arbeiter vorgenommen werden soll. Sie haben aber augenscheinlich kein Interesse gegen den Herrn Quarf mit der Taschenuhr in der Hand.

505-Ruf der Angestellten

(Angestelltenkorrespondenz)

Liebe „Rote Fahne“! Nicht nur die Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch die kaufmännischen Angestellten und Provisionsvertreter freuen sich, daß du so für uns ins Zeug gehst. Denn uns geht es ja noch viel schlimmer als unseren Leidens-

genossen und Genossinnen. Wer von uns nicht absolut willig Ueberstunden bis sieben, acht Uhr abends macht, muß riskieren, sofort in Ungnade bei dem Zuchthausdirektor, das ist der Betriebs-Mussolini Esser, zu geraten, und das bedeutet, daß man klagt. Im Büro herrscht ein Kaiserreich, und wer nur einen einzigen Einwand wagt, der wird von Esser sofort angebrüllt: „Schweigen Sie oder ich schmeiße Sie sofort raus.“

Weiter: Lohn- und Gehaltsabbau. Nach der Notverordnung wurden die Preise ein wenig gesenkt, um einen Vorwand zu haben, Löhne und Gehälter kürzen zu können. Anfang Februar wurden durch Rundschreiben an die Vertretungen die Preis-lenkungen wieder aufgehoben. Wir, die Angestellten und Arbeiter haben aber den Gehaltsabbau schließen müssen und sind wieder einmal die Dummen bei der ganzen Aktion.

Weiter: Esser ist ein ganz wütender Nazi, der draußen in Versammlungen auf die Juden schimpft. Dabei sind aber seine Chefs auch Juden, vor denen er nicht genug kriechen kann. Daß dieser Herr überall im Betriebe seine Spindel hat, selbst unter den Verkaufslern, die natürlich mit ihrem hohen Provision auch ein Hundes-chen führen, bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung.

Wir bitten dich, liebe „Rote Fahne“, vergiß uns nicht bei deiner Hilfsaktion, von einer anderen Partei erwarten wir schon keine Hilfe mehr.

(Anmerkung der Redaktion: Wir haben den obenstehenden Brief veröffentlicht, da die Spalten der „Roten Fahne“ für jeden Ausgebeuteten zur Verfügung stehen. Aber liebe Kollegen von Grünwalds Register & Co., mit dem Veröffentlichlichen ist noch nicht alles getan, wenn ihr nicht den Kampf mit den Arbeitern und Arbeiterinnen zusammen beschließt und durchführt. Hinein in die KPD. Graphik und kämpft in der großen roten Einheitsfront für eure Rechte und Verbesserung eurer Lage!)



**Heilfempagne
anwordet!**
Kommunismus rettet!
Kämpft mit Thälmann!

pondenzen wirkten wie Bomben und haben sehr viel dazu beigetragen, daß eine gute KPD-Gruppe aufgebaut wurde.

Nachdem aber diese Korrespondenzen erschienen, geschahen hier wieder solche erschütternden und empörenden Unfälle, die nun schon einen energischen Abwehrkampf erzwingen müssen.

Dem Abteilungsleiter Quarf ist das Tempo der Arbeiterinnen augenscheinlich nicht genügend schnell, so daß er mit der Taschenuhr in der Hand die Arbeitsleistungen der Arbeiterinnen kontrolliert und dann immer schnelleres Tempo verlangt. Wer die Arbeit der Stanzlerin kennt, weiß, was es bedeutet, wenn ein brutaler Antreiber mit der Taschenuhr in der Hand hinter ihrem Rücken steht und sie jeden Augenblick mit der Entlassung rechnen muß.

So geschah es mit einer jungen Kollegin, die nur einen Tag lang im Betrieb beschäftigt war und der ein Finger glatt abgestanzt wurde. Dieser ungeheure Unfall ist der schwerste, der bisher im Betrieb vorgekommen ist. Bald darauf wurde der Daumen eines Zuschneiders mit der Kartenschiere schwer verletzt.

Der Abzug

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Möbelfabrik Louis Bergmann & Söhne, Klosterfelde, hat ein Kollege einem andern sein Feuerzeug gegeben. Dieser Vorgang wurde von dem Chef bemerkt und er fragte den Kollegen, was er seinem Kollegen gezeigt hätte, worauf er eine ausweichende Antwort erhielt. Dieser Vorfall ereignete sich am 14. Januar 1932.

Am 15. Januar bekam der betreffende Kollege seine Lohntüte mit 5 Mark Abzug und einem Zettel mit folgendem Inhalt:

„Wegen Belügung des Chefs 5 M. Abzug.“

Geschehen im Jahre der „Eisernen Front“ im freien republikanischen Deutschland.

Der Vorsitzende des Betriebsrates bei Rothgläser & Dießing, damals Mitglied der SPD., war als Delegierter in der Sowjetunion. Er wurde daraufhin aus der SPD. ausgeschlossen. Nach seiner Rückkehr, nachdem er über seine Eindrücke Bericht erstattet hat, haben wir eine sehr starke Werbungskampagne für die Partei im Betrieb eingeleitet. In einer Reihe von Abteilungsver-sammlungen und in einer Frauerversammlung haben wir die Belegschaft politisch durgearbeitet und es ist gelungen, unsere Zelle auf 26 Genossen zu steigern. Die KPD-Arbeit schreitet auch sehr gut vorwärts.



Nun, unseren Sozialdemokraten im Betrieb wurde dieser wachsende kommunistische Einfluß zu bunt und so beschloßen diese Ritter der „Eisernen Front“ eine Heilfempagne gegen den Betriebsrat. Auf der Sonntag, den 21. Februar, stattgefundenen Betriebsversammlung wollten sie einen Mißtrauensantrag gegen den Betriebsrat einbringen. Der Plan gelangte zur Kenntnis der Zelle, worauf beschloßen wurde, diesem Versuch offen zu begegnen.

Der Betriebsratsvorsitzende, der noch nicht Mitglied der KPD. und KPD. ist, hat in dieser Versammlung, die von 97 Kollegen besucht war, einen Tätigkeitsbericht gegeben. Darauf sprachen drei Genossen von uns nacheinander, die ein Vertrauensvotum des

Betriebsrates verlangten. Der vierte Redner war ein SPD.-Mann, der durch das energische Auftreten der Genossen so eingeschüchtert war, daß er nicht wagte, einen Mißtrauensantrag einzubringen. Er machte auch einen Versuch, für die Hindenburg-wahl Propaganda zu machen, wurde aber ausgelacht. Darauf sprach einer unserer Genossen für die rote Einheitsfront, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den Vertrauensantrag für den Betriebsrat, der mit 49 gegen 26 Stimmen angenommen wurde. Charakteristisch für die „Demokratie“ der SPD. Deute, daß daraufhin 25 Kollegen den Saal verließen.

In der Versammlung wurden acht weitere Annahmen für die KPD. gemacht, so daß die Zelle 34 Mann stark ist, das sind 28 Prozent der Belegschaft.

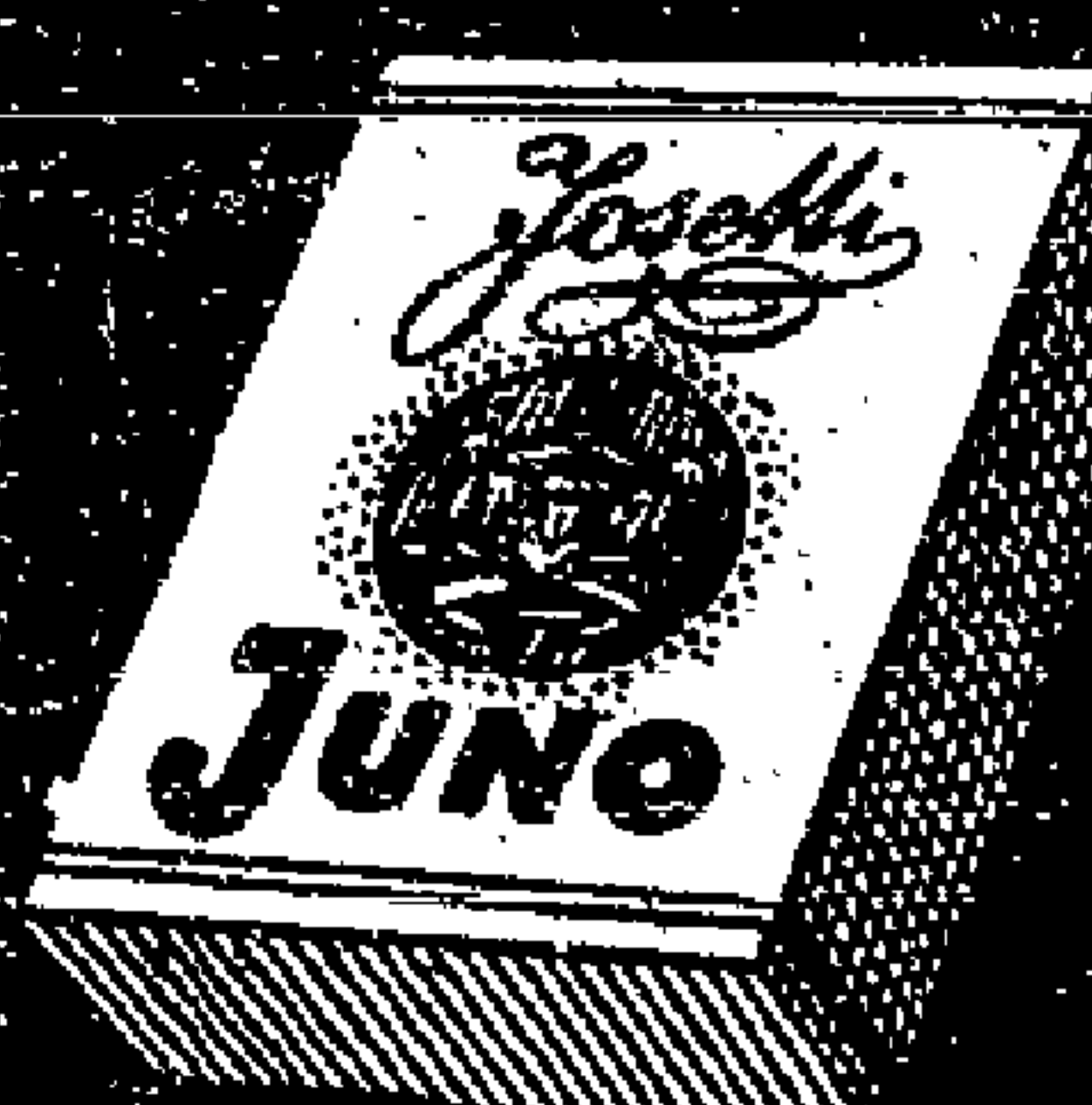
So arbeiten wir für die rote Einheitsfront und für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Die Zelle beschließt

Eine vorbildliche Betriebsarbeit — Vorbildliche Vorbereitung einer Betriebsversammlung

(Arbeiterkorrespondenz)

JEDER GROSCHEN
stärkt die Kampfkraft
der roten Einheitsfront
JEDER BETRIEB
sammelt sich für
den Kampffonds der KPD

JUNO  **6 Stück 20**

Ozeanflieger Lindberghs Kind geraubt

Ganz Amerika in Aufregung — Ein Heer von Polizisten aufgeboten

New York, 2. März. Die kaiserliche Standardpresse der gesamten kapitalistischen Welt hat wieder eine billige Sensation! Des Ozeanfliegers Lindbergh neunzehn Monate alter Sohn ist am Dienstagabend aus dem Schlafzimmers seiner Wohnung bei Lambertville in New Jersey geraubt worden. Ganz Amerika steht am Kopf und Vergegen ist für die Goldschreiber der öffentlichen Meinung im Aus das Sündenlind von Millionen proletarischer Kinder! Vergegen auch, daß im Fernen Osten hunderte und tausende chinesische Kinder, deren Mütter und Väter von Granaten zerissen und zerfleischt werden. Und das nur, weil das Kind eines Ozeanfliegers geraubt wurde.

In diesem sensationellen Kinderraub wird noch bekannt, daß der oder die Entführer den Weg durch das Fenster eines neben dem Kinderzimmer liegenden Raumes genommen haben. Lindbergh benachrichtigte sofort die Polizei, die die Nachforschungen durch Hundstunf an alle amerikanischen Polizeikräfte weitergab. Überall sind starke Polizeikräfte eingesetzt worden. Sämtliche Kraftwagen auf den Landstraßen in New Jersey werden angehalten und untersucht.

Das Verbrechen wurde am Montagabend, etwa gegen 10 Uhr, von der Fliegerin des Kindes entdeckt. Sie hatte es um 7 Uhr zu Bett gebracht und wollte ihm noch einmal seine Flasche zu trinken geben. Als sie an das Bett trat, war es leer...

Sie fürchtete, daß das Kind aus seinem Bett gestiegen und aus dem offenstehenden Fenster gestürzt wäre. Das ganze Haus und seine Umgebung wurde durchsucht, ohne eine Spur zu finden. Es war nunmehr klar, daß kein Unglücksfall, sondern ein Verbrechen, offenbar ein Entführungsversuch, vorlag.

Die sofort alarmierte Polizei besetzte jede Brücke, jeden Bahnhof und jede Straßenkreuzung. Der Verkehr kam völlig zu erliegen. In den New Yorker Straßen

hauften sich die Autos und kamen nur noch zentimeterweise vorwärts, da sie ständig von neuem kontrolliert wurden.

New Yorks berühmteste Detektive durchsuchten das Lindberghsche Haus vom Keller bis zum Boden, konnten aber bisher keine Spur der Kindesrauber entdecken.

Flugzeugkatastrophe in der Luft

Kattowitz, 2. März. In der Nähe von Teschen stiegen zwei Sportflugzeuge bei Übungsflügen zusammen und stürzten ab. Der Führer und der Beobachter des einen Flugzeuges wurden schwer verletzt. Die Insassen des zweiten Flugzeuges trugen erhebliche Verletzungen davon. Kurze Zeit später stürzte in der Nähe ein drittes Sportflugzeug ab. Der Führer wurde ebenfalls schwer verletzt.

Über hundert Gebäude in Flammen

Zahlreiche Feuerwehrleute verletzt

New York, 1. März. In Pennsylvanien (New Jersey) brach am Montag ein Brand aus, der sich bei dem herrschenden starken Wind schnell ausbreitete. 133 Häuser wurden insgesamt von dem Großfeuer vernichtet. Bei den äußerst lebensgefährlichen Löscharbeiten erlitten zahlreiche Feuerwehrleute schwere Brandwunden.

Explosion eines chinesischen Pulvermagazins

120 Mann getötet

Tientsin, 1. März. In der Nähe von Tientsin ist ein chinesisches Pulvermagazin in die Luft geflogen. Dabei wurde die chinesische Bewachungsmannschaft, etwa 120 Mann, getötet oder verletzt. Die Ursache der Explosion ist angeblich noch nicht geklärt.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

50 Jahre Cholera- und Tuberkelbazillus

Erfolge und Schwierigkeiten der bakteriologischen Wissenschaft

Als im Jahre 1870 der Anatom Jakob Henle eine Mitteilung veröffentlichte, aus der hervorging, daß man für die zahlreichen, voneinander grundverschiedenen Erkrankungen und Veränderungen des Zellgewebes Krankheitserreger (die Henle als „Contagium animatum“ bezeichnete) annehmen müsse, da fand diese Mitteilung keinerlei Widerhall unter den Naturwissenschaftlern und Ärzten damaliger Zeit. Henle konnte infolge der mangelhaften Technik diese lebenden Erreger noch nicht nachweisen, jedoch gab seine Vermutung den Anlaß dazu, daß eine Reihe von Bakterien die Frage aufgriffen und an ihrer Lösung mitarbeiteten.

Der Wiener Frauenarzt Janna Semmelweis erkannte als erster die Bedeutung verunreinigter Hände und Instrumente bei der Übertragung von ansteckenden Krankheiten. Seine warnenden Mahnrufe blieben ungehört. Auch er konnte keine greifbaren Beweise für seine Ansicht liefern; und die Tatsache, daß in seiner eigenen Klinik, in der die Frauen unter Beobachtung peinlichster Sauberkeit behandelt wurden, die Sterblichkeit um mehr als die Hälfte geringer war, konnte seine Kollegen nicht überzeugen. Viel später erst gelang es dem Pariser Forscher Louis Pasteur und dem deutschen Kreisarzt Robert Koch, die Ursachen der Infektionskrankheiten in den mikroskopisch kleinen Erregern nachzuweisen.

Schon um 1850 war es den Tierärzten Holländer und Brauer gelungen, in den Krankheitsherden milchbrandkranker Tiere kleine käubchenförmige Gebilde nachzuweisen, mit denen die Übertragung der Krankheit auf andere Tiere möglich war. Bakterium kam auf Grund seiner eigenen Untersuchungen und der Kunde der anderen Forscher zu der Ansicht, daß eine Entstehung von Krankheiten nur durch Krankheitskeime möglich sei, und verlangt bei der Behandlung einer jeden Krankheit völlige Keimfreiheit.

Robert Koch, der sich in seiner Tätigkeit als Kreisarzt häufig mit Milzbrand zu beschäftigen hatte, entdeckte ganz zufällig im Verlauf seiner Versuche, den Milzbrand exakt nachzuweisen, die Färbbarkeit der Erreger mit gewissen pflanzlichen und metallischen Farbstoffen. Ohne es damals noch beweisen zu können, vertat er die Behauptung, daß nicht etwa ein und derselbe Keim eine jede Erkrankung hervorrufen könne, indem er von der einen Erscheinungsform in die andere übergebe, sondern daß es zahlreiche verschiedene gefährliche Krankheitserreger geben müsse.

Als zur gleichen Zeit der Jenaer Physiker Abbe eine wesentliche Verbesserung des Mikroskopes erfand, die Vergröße-

rungen bis zum zweitausendfachen der ursprünglichen Größe ermöglichte, entdeckte Robert Koch im Jahre 1882 bei der wegen der dabei stets vorhandenen Eiterkörnchen (Kästchen lat. Tuberkulum) „Tuberkulose“ genannten Erkrankung, den Tuberkelbazillus, ein plumpes, längliches Stäbchen, das nur ein Viertel von der Länge eines roten Blutkörperchens besitzt. Wie kein dieser Krankheitserreger ist, geht aus der Tatsache hervor, daß in einem Kubikmillimeter Blut, also einem Würfel, dessen Kanten jeweils nur einen einzigen Millimeter lang sind, normalerweise fünf Millionen rote Blutkörperchen enthalten sind!

Nur so ist es auch zu erklären, daß bei allen früheren Untersuchungen dieser farblose Krankheitserreger übersehen worden mußte, und daß erst die Verbesserung des Mikroskopes und der Färbemittel seine Entdeckung gestattete. Eines zur gleichen Zeit fand Koch auch während einer großen Choleraepidemie in Westdeutschland den Cholera-Bazillus.

Nun folgten kurz hintereinander die Entdeckungen zahlreicher anderer Krankheitserreger, so des Diphtherie-Bazillus, des Trippererregers und der Syphilis-Spirochrome. Ein wahrer Siegestaumel erfaßte die Ärzte, die nunmehr glaubten, daß jetzt für alle Erkrankungen der besondere Krankheitserreger gefunden werden müsse. Aber plötzlich häßte dieser Siegeslauf auf. Trotzdem die mikroskopische Technik, vor allem während des Krieges, immer mehr verfeinert wurde, trotzdem Vergrößerungen bis zum dreitausendfachen und darüber ohne Schwierigkeiten erlangen, konnten für eine große Zahl von Krankheiten, die zweifellos durch besondere Krankheitskeime verursacht werden, keine nachgewiesen werden.

Man ist zu der Annahme gezwungen, daß es sich um so winzige kleine Bakterien handelt, daß sie weder mit dem Auge wahrgenommen werden können, noch infolge ihrer Empfindlichkeit in Kulturen gezüchtet werden können.

Es ist zweifellos nur noch eine Frage der Zeit, wann es gelingt, auf diesem oder jenem Wege die heute noch unbekannteren Erreger gewisser Infektionskrankheiten festzustellen und voneinander zu trennen. Obwohl gerade auf dem Gebiete der Bakteriologie und der Immunitätslehre heute noch große Lücken vorhanden sind, die durch intensive Kleinarbeit der Forschung beseitigt werden müssen, so darf doch nicht verkannt werden, daß die Entdeckungen von Pasteur und Robert Koch vor 50 Jahren den Anstoß zur Entwicklung der gesamten bakteriologischen Wissenschaft gegeben haben.

Dr. med. Wilhelm Smolny

Astrologen prophezeien:

Weltkrisenende

in der Nacht vom 26. zum 27. Februar 1932

Also in der Nacht vom 26. bis 27. Februar 1932 sollte die kapitalistische Weltkrise überwunden sein. Dieser Gipfel der Verblöschung stammt von dem kapitalistischen Propheten, dem irischen „Astrologen“ Mac Cookish in einer Pariser Zeitung. Der bankrotte Kapitalismus klammert sich hoffnungslos an die „Prophezeiungen“ seiner bankrotten Geistesgrößen.

Der siegreiche Vormarsch des Sozialismus in der Sowjetunion zeigt der Welt den einzigen Ausweg aus der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus. Heute, noch beschafft sich jeder die wichtigsten soeben erschienenen Broschüren:

Ernst Thälmann: „Der revolutionäre Ausweg und die KPD.“ (96 Seiten, 20 Pf.)

Molotov: „Triumph des Sozialismus.“ (40 Seiten, 10 Pf.) (Der Weg zur klassenlosen Gesellschaft in der Sowjetunion.)

Ihr Enkelkind vergiftet

Im November vorigen Jahres war der acht Jahre alte Sohn des Lehrers Ziehm aus Fürstberg a. d. Oder unter verdächtigen Umständen gestorben. Jetzt ist die 72 Jahre alte Frau Labewig, die Großmutter des Kindes, überführt worden, den Jungen, zweifellos im Einverständnis mit ihrer Tochter, der Frau Ella Ziehm, durch Eingeben von chlorsaurem Kalium vergiftet zu haben.

in sage und schreibe zwei Stunden . . .

sammelst ein Genosse aus Bütow 10 Mark. Was hast du in den vergangenen Wochen gesammelt? Steigert die Sammeltätigkeit für den roten Wahlkampf?

23 japanische Matrosen ertrunken

Kelling, 1. März. Nach einer Meldung aus Tschifu ist ein japanischer Dampfer, der nach Sachalin unterwegs war, im Taisan untergegangen. 23 Matrosen sind ertrunken.



Jeden Freitag vormittag: „Sanne und Ella“ die vorbildlichen Hausfrauen, plaudern im Radio!

Über alle deutschen Sender: Zum ersten Male „Sanne und Ella“ die vorbildlichen Hausfrauen!

In ganz Deutschland werden Freitag vormittag die Frauen aufhorchen. Im Radio belauscht man zum ersten Male „Sanne und Ella“, die vorbildlichen Hausfrauen. Sie verraten praktische Winke, Rezepte für zeitgemäßes Wirtschaften, kurz: Dinge, die jede tüchtige Hausfrau gerne noch dazulernt. Dabei geht es so interessant und lebendig zu, daß Sie glauben, selbst dabei zu sein. Lassen Sie sich dieses Ereignis nicht entgehen; Sie hören „Sanne und Ella“ jeden Freitag vormittag. Und wenn Sie fleißig mithören, kann es nur Ihr „Gewinn“ sein . . .



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

Zutreiberdienste für die Hindenburg-SPD.

Während die SPD-Arbeiter durchaus ehrlich für die rote Einheitsfront und den einzigen Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu kämpfen gewillt sind, enthüllt die „S.A.“, das Organ des Vorstandes der Sendewitz-Partei, immer offener ihr Gesicht als Zutreiberin für die Hindenburg-SPD.

In einem Aufruf — unter dem tut es der Vorstand dieses Gruppchens nicht mehr — beschweren sich die Sendewitz und Rosenfeld bitter darüber, daß das Zentralkomitee der SPD auf das plumpe Einheitsfrontmandat von Sendewitz nicht eingegangen ist. Diese Herrschaften, die in den Vertrieben den Streikbruch der Gewerkschaftsführer unterstützen, die in den Arbeiterparteien den Kampf gegen den Nordfaschismus sabotieren, wagen von „gemeinsamen Aktionen“ zu reden.

Gemeinsame Aktionen, sowohl, aber nicht mit diesen „linken“ Flügeladjutanten der sozialdemokratischen Hindenburg-Politiker, sondern mit den ehrlichen, Massenbewußten SPD-Arbeitern!

Nach offener zeigt sich der Zweck des Einheitsfrontmandats der SPD in einem Artikel der „S.A.“ vom 1. März. Dort heißt es: „Je mehr Stimmen sich auf den Kandidaten der Arbeiter, Ernst Thälmann, vereinigen, desto größer wird für den zweiten Wahlgang die Aussicht, daß in den beiden (!) alten Arbeiterparteien, in der SPD, sowohl, wie in der KPD, die Ver-nunft (!) zu ihrem Recht gelangt.“

Kann ist es heraus! Die verdrehten Demagogen der SPD wollen ihre Mitglieder als Stimmentiere für einen Kandidaten der Hindenburg treuen SPD eintragen. Es wird ihnen nicht gelingen. Die ehrlichen SPD-Arbeiter gehen nicht mehr, wie die Sendewitz, mit der Stailaterne auf die Suche nach irgend-einem „Einheitskandidaten“, für sie ist dieser Kandidat der proletarischen Einheitsfront bereits gefunden: er heißt: Ernst Thälmann!

Bierstreit ungebrochen

SPD. bis Nazis in Streikbrecherfront — Kampf-ausschuss führt

Die Kampffront der Gastwirte löst sich nicht. Trotz der Meldung einzelner bürgerlicher Blätter, die erklären, daß der Streik abgebrochen werden solle, geht der Kampf weiter.

In den meisten Bezirken Groß-Berlins haben gestern Ver-sammlungen der Delegierten der Lokalkommission stattgefunden. Sämtliche Delegiertenversammlungen haben über die Höhe ihrer Forderungen hinweg die Durchführung des Streiks beschlossen.

Heute abend, auf der großen Versammlung am Märchen-brunnen, wird der Zusammenschluß der Klein-gewerbetreibenden und Gastwirte erfolgen, ins-besondere hinsichtlich des Bierstreiks.

Der Kampfausschuss der Gastwirte hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem es u. a. heißt: „Der Kampf geht weiter. Schenkt den falschen Versprechungen der Führer, Litwin und Genossen kein Gehör. Diesen Führern wurde das Mißtrauen ihrer Mitglieder ausgesprochen. Der Ruf dieser Führer nach Streik-vertagung bedeutet die Schlingung der geschlossenen Kampffront und Auslieferung an Brutkapital und Steuerdiktatur. Kollegen, steht weiter geschlossen hinter dem Kampfausschuss der Gaste und Schank-wirte, der allein die Interessen im Kampf um eure Existenz wahrnimmt.“

SPD-Anträge im Preussischen Landtag für die kleinen Gastwirte

Genosse Kasper erklärte in der gestrigen Sitzung des Landtages die Mandate der SPD. und der Wirtschaftspartei, den Ausschluß des Reichsabstreichs zu verhindern. Ein Antrag

der SPD, der für Schank- und Gastwirte, deren Einkommen nicht mehr als 5000 Mark das Jahr beträgt, Steuerfreiheit, Beseitigung der Getränkesteuer, Mieterschutz für Geschäftsräume bis zu 8000 Mark Jahresmiete, Senkung der Tarife für Gas, Wasser, Verkehr und elektrisches Licht forderte, wurde von allen Parteien, von den Deutschen Nationalen bis zur SPD. abgelehnt.

Preußen-Glat des „kleineren Nebels“ fertiggestellt

Der preussische Finanzminister Kasper hat den Etat für 1932 jetzt dem Staatsrat übergeben. Der Etat, der bei Einnahmen und Ausgaben über 3 Milliarden Mark beträgt, hat bekanntlich ein Defizit von rund 100 Millionen Mark. Wie der Finanzminister mitteilt, hat die Reichsregierung sich bereit erklärt, die 100 Millionen Mark zu übernehmen. Dafür bekommt die Reichsregierung den Anteil Preußens bei der Deutschen Sied-lungsbank, der Landesrentenbank und den Siedlergesellschaften. Der Etat ist so knapp berechnet, daß bei den geringsten Aus-fällen an Steuern usw. sofort ein neues Defizit entsteht, weil keine Reserve in den Vorhanden sind. Bei der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise ist darum mit einem gewaltigen Defizit im preussischen Haushalt zu rechnen.

Am 2. März. In Schwere-Küche wurde ein Flugblatt „Kata oder gelbe Gefahr“, das zu einer Versammlung des Bundes der Sozialisten einlud, auf Grund der Norderordnung verboten. Besonders beanstandet wurde die Verwendung von rosa Papier. Bei der Begründung berief sich die Polizei auf eine Verfügung des Regierungs-präsidenten, nach der es verboten ist, das staatsgefährliche (!) rote Papier zu verwenden.

Rote Mobilmachung für Ernst Thälmann

Achtung! Sportpalastkundgebung!

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß heute noch Karten für die Kundgebung in allen Speditionen gekant werden können. Das erleichtert die Abwicklung an der

Erwerbslosenversammlungen

Donnerstag, den 3. März

Koaliter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24, um 15 Uhr. Vom Erwerbslosenausschuß einberufen.

Wohngebietsversammlungen

Donnerstag, den 3. März

Parkrestaurant Südecke, um 20 Uhr.

Frauenversammlungen

Donnerstag, den 3. März

Viktoriagarten, kleiner Saal, Wilhelmsau 114, um 20 Uhr.

Sportlerinnenkundgebung

Donnerstag, den 3. März

Musiker-Säle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, um 19.30 Uhr. Programm: Ansprache, Musik, Songs, Rezitation, sportliche Vorführungen. Eintritt frei!

Kampfbundversammlungen

Donnerstag, den 3. März

Bezirk Südost: Döhrings Festsäle, Naunynstraße 27, um 20 Uhr. Unkostenbeitrag 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Kampfbundjugend: Concordia-Garten, Hohenschönhausen, Berliner Straße. Referent: Reichsjugendleiter des Kampf-bundes. Unkostenbeitrag 10 Pf.

Fahnendelegationen zum Sportpalast

Zu der Massenkundgebung gegen den imperialistischen Krieg am Donnerstag, dem 3. März, 19 Uhr, im Sportpalast, entsenden alle proletarischen Organisationen ihre Fahnen-delegationen. Diese sammeln sich bis spätestens 18.30 Uhr auf der linken Hofseite des Sportpalastes.

Öffentliche Büder-Protestversammlung

Donnerstag, den 3. März, 19.30 Uhr in den Atlantik-Sälen Heidebrinkerstraße 3.

Es spricht ein Mitglied des Zentralvorstandes der Roten Hilfe sowie der Bruder des erschossenen Genossen Hans Büder. Polizeipräsident Orzesinski ist persönlich eingeladen. Unkostenbeitrag 10 Pf.

Öffentliche Versammlung der IAH.

Donnerstag, den 3. März, 20 Uhr, in Siemensstadt, im Lokal Kant, Siemens-Ecke Herzstraße. Thema: „Mit Hindenburg für Hunger und Krieg oder mit Thälmann für Arbeit, Brot und Frieden.“ Referent: Hans Pädler.

Sammelliste gesperrt!

Die Sammelliste Nr. 008331 Straße gegen Straße ist hiermit gesperrt.

Achtung! „Arbeiterin“!

Technische Schwierigkeiten zwingen uns, die Ausgabe der „Arbeiterin“ erst am Donnerstag, dem 3. März, morgens, vorzunehmen. Wie üblich, außer Siemens und Schöndorf, bekommen sie zugesandt. Genossinnen und Kolporteurs, dann aber an die Arbeit! Organisiert Massenvertrieb im Reich des Internationalen Frauenkongress.

Die roten Sportler Berlins

haben für Dienstag, den 8. März, 17 Uhr, beim Polizeipräsidium die

Freigabe des Lustgartens für eine große Kundgebung

gegen die Vertreibung der sportlichen Liebesstätten, für die rote Einheitsfront, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann beantragt.

Alle werktätigen Sportler, besonders die proletarischen Mitglieder der reformistischen und bürgerlichen Vereine, rüsten schon heute zu einer machtvollen Kundgebung.

Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Arbeiter-Sport- und Kulturkartell.

Öffentliche Massenversammlung der Erwerbslosen

Am Donnerstag, dem 3. März, 16 Uhr, Schultheiß-Bräuerei, Hasenheide, großer Saal.

Thema: SPD.-Aufhäuser zu den Erwerbslosen und ihren Forderungen und Stellungnahme zum neuen Nachweis „Sonnenallee“

Referent: Hans Schröder, M. d. R.

Hierzu ist das Mitglied des Reichstags und Vorsitzender des Abandes Dr. Siegfried Aufhäuser als Korreferent schriftlich geladen, um sein Verhalten gegenüber der Erwerbslosen-delegation bei Eröffnung des Reichstages zu rechtfertigen. Unkostenbeitrag 5 Pf.

Bezirksausschuß der Erwerbslosen.

Kirchenausritte des VpF.

Vorfahrt, am 3. März 1932, von 19 bis 20.30 Uhr, in den Frei-sälen von Borsigwalde.

Am 4. März 1932, 21 Uhr, in Altes Festzelt, Hasenheide 13-16. Kolar ist anwesend. Die gesetzliche Gebühr von 2 Mark ist mitzubringen, ebenso die erforderlichen Ausweisepapiere.

WALTER HAUPT

Am 27. Februar verstarb unser Genosse Walter Haupt, der über den Namen der Kulturorganisation hinaus, woher er seine ganze Kraft ein-legte, in der Berliner Arbeiterbewegung bekannt war. Er war es, der als die ersten Oppositionskämpfe im reformistischen Freiheitsverband begannen, diese kämpfte für die Freiheit und somit die Einheit aller revolutionären Freiheitskämpfer für den kulturellen Massenkampf herstellte. Sein Ausblick, wie auch die Ausblicke tausender proletarischer Freiheitskämpfer aus dem reformistischen Verband, schufen den Verband proletarischer Freiheitskämpfer. Als Leiter des Verbandes proletarischer Freiheitskämpfer Berlin-Brandenburg, ich, er seine ganze Kraft für die Ein-igung des Verbandes ein. In der letzten Zeit übernahm der Genosse Walter Haupt die Bezirksarbeit des proletarischen Kulturkampfes.

Ein tätiger und pflichtbewußter Massenkämpfer ist mit dem Ableben des Genossen Walter Haupt aus unserer Reihen gerissen. Wir wollen durch eifrige Einigung unserer ganzen Kräfte die Lücke ausfüllen.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 4. März 1932, 15 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt. Alle Genossen erscheinen und geben dem Genossen Walter Haupt das letzte Geleit.

Verband proletarischer Freiheitskämpfer, Bezirk Berlin-Brandenburg, Proletarischer Kulturkampf, Berlin-Brandenburg.

Walter Haupt, einer unserer besten und treuesten Parteifunktionäre, wurde aus unseren Reihen gerissen. Seiner Brandarbeit nicht gedenkend, war er unermüdet als Initiator und Organisator der roten Arbeiter-fernen die ganze Stunden der letzten Tage. Die Arbeit der Arbeiter-fernen wird er und unerschrocken bleiben.

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

Die Sonne von oben
das Recht von heute! Es fällt mir nicht in den Schoß und „Beim
Denker Mag's nicht berein“, sagte man früher. Heute steht die Sonne
in ihrer Höhe, hoch und wird nicht im geringsten gestört, wenn
Sonne und Erde die beiden Augen Quadranten, unerschrocken und in
stillerem Himmelsraum aus dem Meer zu ihr streben. Sonne und
Erde wollen selbst gehärtet sein. Nur eines sei noch voraten: zum Baden,
zum Trinken, zum Baden, auf's Belegte und aus's glückseligsten Brot —
Sonne und Erde verpenden sich zur Sonne.

Berlin trägt Leiser-Strümpfe

Nur soweit Vorrat

Sonderangebot in Damen-Strümpfen

Künstl. Waschseide
gut verstä. kt.

85

Künstl. Waschseide
gut verstä. kt.

135

Kunstseide nicht
maschenfest

Die Sensation!
Bamberg - Schlüpfer
für Damen, Gr. 42-46, nur

135

Reine Seide
Bamberg 45 fein

195

Zehen- und Ballenver-
stärkung

Echt ägypt. Mako

Vor Sonnenuntergang Gerhart Hauptmanns „Altersstück“

Da steh ich nun, ich armer Tor, und habe Schulden wie ein Major. — Die inneren Zustände sind die Voraussetzungen für die äußeren. — Der Mensch ist ja so furchtbar zwiespältig.

Was das ist? Nur eine kleine Zitateinsammlung aus Gerhart Hauptmanns neuem Stück „Vor Sonnenuntergang“. Wir wollen sie mit einem Satz beschließen, der gleichfalls diesem Drama entnommen ist. Hauptmann sagt: „Ich habe eine unbegründet hohe Meinung von mir.“ Wobei wir ihm nicht widersprechen wollen.

Deshalb wundern wir uns auch nicht, wenn er sich zum Goethejahr in geheimräthliche Positur setzt und sich als aufständischer Olympier feiern läßt. Das geschah just am Tage des Verbots der „Roten Fahne“ durch den Berliner Polizeipräsidenten, und der Reichswehr- sowie Innenminister Groener verhängte das Fest durch seine Gegenwart im Deutschen Theater. Es war ein denkwürdiger Tag: vor 39 Jahren, ebenfalls im Monat Februar, verbot die Berliner Polizei die Aufführung der „Weber“ auf öffentlicher Bühne.

Hauptmann hat von den „Webern“ zu den Kommerzianten heimgefunden. Um es genauer zu sagen: dieser Weg des Dichters Gerhart Hauptmann ist nur folgerichtig; seine Entwicklung verließ haargenau in den Bahnen der deutschen Bourgeoisie. Denn der Naturalismus, dessen hervorragender Vertreter in Deutschland Gerhart Hauptmann wurde, ist durchaus keine „Kunstform des Proletariats“, wie die Reformisten glauben machen wollen, sondern eine Kunstform der liberalen Bourgeoisie. Auch wenn sie Stücke mit proletarischem Milieu auf die Bühne stellt. Die bis ins einzelne gehende, photographisch getreue Kleinmalerei diente mindestens ebenso oft zur Veranschaulichung wie zur Heroisierung der gesellschaftlichen Zustände. Hauptmanns Dichtungen spiegeln überdies ganz besonders die Schwankungen wider, denen die Bourgeoisie infolge der kapitalistischen Widersprüche vor dem Kriege unterworfen war.

Auf „Die Weber“ und die Satire „Der Sibirer“ folgt bereits ein Rückfall in die Romantik, und damit wird auch der Inhalt seiner Dramen immer reaktionärer. Es muß einer eingehenden Untersuchung vorbehalten bleiben diese Etappen in allen Einzelheiten zu schildern, aber typisch ist, wie Hauptmann schon 1900 einerseits „in angeblühler Vornehmheit sein Boetenküßlein vor den großen Bewegungen der Zeit verammelt“, Franz Mehring andererseits „müßige Selbstbespiegelung und geschäftlichen Kellamehumbung“ an ihm konstatiert, der „den Bartkünstler Hahn mit seinen Annoncen: Es ist erreicht! weist in den Schranken stellt.“ Sehen wir hier nicht das altbekannte Bild jener wilhelminisch regierten machtsüchtigen Kapitalistenklasse deutlich vor uns, die sich im Prahlen nicht genug tun konnte? Hauptmann wurde mit diesen Fähigkeiten bald vom beargwöhnten Anfänger zum selbständigen Dramatiker der Reinhardt-Theater, und auch die Hofbühne erschloß sich ihm. Im Weltkrieg treffen wir ihn als Varden wieder, der das schöne Gedicht beisteuert:

„Ich nicht durchlöchert bin,
Kann der Feldzug nicht geraten.“

Infolgedessen geriet der Feldzug auch nicht.

Da verletzte sich Hauptmann endgültig darauf, vom Krieg zum Geistesleben zu werden. Er wollte der bürgerlichen Welt, die jetzt auf „Demokratie“ und den Geist von Weimar schwor, zeigen, was ein moderner Goethe ist. Doch die Krise des Kapitalismus erlaubt der Bourgeoisie und ihrem auf dem Olymp der Zufriedenheit thronenden Dichter nur noch, defabente Machwerke zu fabrizieren. Hauptmanns Abstieg wurde damit vollkommen. Sein Protektor heißt Groener.

Und nun kommt der Siebzigjährige mit dem Drama „Vor Sonnenuntergang“ heraus. Die bürgerliche Kritik nennt es sein Altersstück, um über seine Schwächen verzeihend hinweggehen zu können, doch ist diese mechanische Bezeichnung objektiv irreführend. Sie muß nämlich vertuschen, daß Hauptmanns „Altersstück“ (ein Greis liebt ein junges Mädchen) ein Lieblingsthema von ihm ist, und daß er es in seiner Stunden Reibenblüte bereits ausgiebig behandelt hat. 1908 erschien sein Legendenstück „Kaiser Karls Geisel“ mit demselben Inhalt, nur daß es, entsprechend dem veränderten Milieu, ein wenig anders verläuft. Bei dem geheimen Kommerzianten Clausen im „Sonnenuntergang“ will die erblühtige Familie nicht die Heirat zwischen Greis und Mädchen, bei Kaiser Karl will's der kriegerische Kanzler nicht. Und was Mehring zu „Kaiser Karls Geisel“ sagte, gilt in erhöhtem Maße für „Vor Sonnenuntergang“: „Jede Bühne hätte es mit Hohnducken abgewiesen, wenn es nicht von Gerhart Hauptmann, sondern von einem Dichter mit noch unbekanntem Namen verfaßt wäre.“ Das ununterbrochene Winken mit dem Goethe'schen Jaunpfeil macht die Sache keineswegs besser, sondern schlimmer. Die Familienmitglieder bei Geheimrat Clausen heißen Bettina, Wolfgang, Egon. Und der Geheimrat findet, wie weiland der junge Werther, seine Angebetete inmitten einer lärmenden Kindercharade schneiden. Nur daß sie nicht weimarisch Lotte, sondern augenodet Jule heißt. Wie die Sache weitergeht, wie herumintrigiert und diskutiert wird, interessiert uns nicht.

Vor kurzem wurde hier ausgesprochen, daß die Bourgeoisie jetzt eifrig und rühelosig daran ist, die Altersstücke ihrer Klasse zu produzieren. Die Felder bebauern sich tief in ihrem Fall und bringen dieses Bedauern in mehr oder minder treffender Sentenzen vor. Auf Napoleon und Timon von Athen folgt Hauptmanns Geheimrat Kommerziant Clausen, dessen Sippe sich nicht lange an dem hinterlassenen Verlagshaus, das ihm der Dichter beigibt, freuen wird. Denn es geht bankrott. Natürlich nur, weil der Schwiegerjohn unfähig ist, es zu verwalten. Daß wir unter kapitalistischer Wirtschaftsweise leben, hat sich bis zu dem Dichter der „Weber“ noch nicht herumgesprochen.

Er wird es wohl auch nicht so bald erfahren, dafür bürgt sein neuer rauschender Erfolg. Die Herren Rezensenten der bürgerlichen Presse benahmen sich mit verschwündernden Ausnahmen, als ob sie Angestellte des Verlagsdirektors Geheimrat Clausen wären, die ihre Entlassung befürchteten, wenn sie über das neue Stück die Wahrheit schrieben. Johanna Schau.

Dreimal Hindenburg

Von Trude Richter

In der D-Bank schnarrie das Haustelephon.

„Hier Buchhaltung.“

„Devilsabteilung. Ist Schroeder dort? Am Apparat? Also, Schroeder, Sie müssen sofort zum Hotel Adlon fahren. Der Generaldirektor Peiser reist heute ab und will die Devisen vorher von uns haben.“

„Die Genehmigung vom Wirtschaftsministerium? ...“

„... Ist schon besorgt. Natürlich ... Sonderfall ...“

„Gut, ich komme sofort raus und hole sie ab.“

„Schon wieder mal“ brummte Schroeder, als er den Hörer einhängte. Er kannte den Kummel.

★

Hotel Adlon. Ein Page in roter Livree führte den Bankbeamten über teppichbelegte Treppen und Gänge zu einem mit blauem Damast ausgeschlagenen Salon.

Hier winkte eine massive Klubfesselgestalt, die im Gespräch mit einem hageren, eleganten Herrn begriffen war, den Buchhalter Schroeder kenselig heran: „Sie sind von der D-Bank? Warten Sie einen Moment!“

Schroeder setzte an der Tür Posten. Die Herren ließen sich nicht hören.

„Sämtliche umliegenden Güter habe ich schon für Hindenburg mobilisiert“, brüßelte sich Peisers vis-à-vis und goß einen grünen Likör hinunter.

„So muß es auch sein, lieber Graf“, erwiderte Peiser, „Einigkeit ist die erste Parole jedes Patrioten. Und was das Geld für den Wahlfonds anbetrifft — genügt es Ihnen, wenn ich den Betrag morgen überweise?“

„Natürlich, liebster Direktor! Und wenn möglich eine Null mehr als weniger. Keine Sorge, das Opfer wird sich schon rentieren — wenn nur unser Hindenburg weiter an seinem Plage bleibt.“

Forschung in 3500 Meter Höhe

In der „luftigen“ Höhe von 3500 Metern, mitten in der alpinen Gletscherwelt, ist vor kurzem ein wissenschaftliches Institut errichtet worden, die Forschungsstation Jungfrau-Joch. Der Leiter des Instituts, Prof. Heß (Zürich), berichtet über das Werden und die Ziele dieser wissenschaftlichen „Höhenleistung“. Schon der Bau des Hauses war mit vielen Schwierigkeiten verknüpft. Beispielsweise mußten die Steine aus weitab liegenden Gegenden herangeschafft werden, weil an das Baumaterial in solchen Höhen wegen des frühen Temperaturwechsels besondere Anforderungen zu stellen sind. Der Bau selbst wurde mehrmals durch Lawinen und Felsstürze empfindlich gestört. Trotzdem ist es gelungen, ein gegen alle äußeren Einflüsse recht widerstandsfähiges Gebäude zu errichten, dessen Mauern eine Dicke von einem Meter aufweisen. Der Zugang zum Institut liegt im Innern des Felsens, in unmittelbarer Nähe der Jungfrauabahn, deren Betreiben überhaupt als eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeitsmöglichkeit einer solchen wissenschaftlichen Station anzusehen ist.

Die Arbeitsgebiete der hier oben tätigen Forscher sind mannigfaltiger Art: von besonders hohem Wert dürfte sie für die Wetterkunde, für die Vervollkommenung der Wettervorhersage sein; den Physikern wird hier die Untersuchung aller möglichen Strahlungserscheinungen in ungewöhnlich günstiger Weise zugänglich gemacht; den Astronomen bieten sich hervorragende Beobachtungsmöglichkeiten und die Physiologen werden sicher umfangreiche Erfahrungen über den Einfluß der Höhenlage auf den menschlichen und tierischen Organismus (Stoffwechsel, Nervensystem) sammeln können. Chemicus.

„Auf guten Wahlausgang also, bester Graf!“

Die Herren leerten ihre Likörbecher.

Jetzt erinnerte sich der Generaldirektor des wartenden Schroeder und ließ sich von ihm die 5000-Dollar-Devisen aushändigen. Der Angestellte nahm die Quittung in Empfang. Ein herablassendes Kopfnicken — dann war er entlassen.

★

Der Buchhalter Schroeder ging in ein Bierrestaurant und ließ sich zu seinen mitgebrachten Stullen ein Helles geben. Ihm gegenüber hatte sich eine Stammtischrunde niedergelassen. „Kriegsgewerke 1920“ stand auf der schwarzweißroten Ständerlehne. Eben brachte der Wirt eine neue Lage Bier. Die waderen Krieger wurden zusehends lebhafter. Schon erhob sich der Vorsitzende und begann von Hindenburg zu sprechen.

„Der bloße Name läßt jedes echte Soldatenherz höher schlagen. Wer erinnert sich nicht der ruhmreichen Kriegstage, da unser Vaterland noch der feindlichen Uebermacht heldenhaften Widerstand leistete, statt, wie heute, selbe vor dem Erbfeind zu kapitulieren?! Und wenn sonst nichts hilft“, so schloß der markige Redner, „so muß eben wieder ein Krieg gelien, was deutsche Kraft vermag! Das beste Symbol der deutschen Stärke und deutscher Wehrhaftigkeit aber, meine Herren, ist die Präsidenschaft unseres hochverehrten Generalfeldmarschalls von Hindenburg. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: unser allverehrter ...“

Schroeder, der während des Krieges drei Jahre draußen gewesen war, zahlte und ging.

★

Die vertrauliche Sitzung der JbA-Ortsgruppe, in der u. a. auch über die Reichspräsidentenwahl gesprochen werden sollte, hatte bereits begonnen, als Schroeder eintraf. So fügte es sich denn, daß er als erstes die folgenden Worte des Referenten zu hören bekam:

„Einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wäre unter diesen Umständen für die Sozialdemokratie unklug. Vergessen wir auch nicht, daß heute nur die Wahl Hindenburgs eine Garantie für die Erhaltung und Verteidigung der deutschen Demokratie bietet. Gewiß ist die Kandidatur Hindenburgs für uns nicht die ideale, genügt befriedigt sie nicht alle unsere Wünsche. Aber einer deutschen nationalen oder gar nationalsozialistischen Kandidatur ziehen wir sie denn doch noch allemal vor. Und in diesem Sinne, so hoffe und wünsche ich, müssen und werden sich alle Kollegen dahin entscheiden, nicht nur ihre Stimme bei der Wahl für unseren allverehrten Reichspräsidenten Hindenburg abzugeben, sondern auch aktiv bei den Wahlvorbereitungen mitzuhelfen und ...“

Da mußte Schroeder genug. Er bedachte noch einmal rasch seine letzten Erlebnisse; fügte die drei Eindrücke vom Nachmittag und Abend — den Adlonjalon, den Kriegerverein und die JbA-Versammlung — zu einem geschlossenen Bild und war sich plötzlich klar darüber, wen er zu wählen hatte.

So kam es denn, daß der Buchhalter Schroeder die JbA-Versammlung lange vor ihrem Ende mit dem festen Entschluß verließ, sich morgen der KW. als Wahlhelfer zur Verfügung zu stellen.

Achtung - Wie hören mit!

Berlin
17.55 Uhr: Schüler unterhalten sich mit Walter von Malz (Propagandaabteilung für den nationalsozialistischen Schriftsteller!).
Königsplatz.
15.45 Uhr: Ergebnisse einer Frau in China. (?)
Moskau
20 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten (deutsch).

Kleines Theater

Unter den Linden 44. Merkur 1824

Truppe 1931

Täglich 8.15

Die Mausefalle

Musikalische Revue

Sonnabend und Sonntag

nachm. 4 Uhr halbe Preise

PLAZA

Nähe Schles. Bhl.
Erg. 21. 22. 23. 24. 25.
Tel.: 17 Weichsel 4031
„Friederike“

Lebensmittel

Sämtliche
Lebensmittel und
Wirtschaftsartikel
empfehlen unter
Ehrl. Vorkasse 20

Möbel

Rüben
95-150
Ramelins, Kasten-
möbel, 66. Gd.
Friedrichstr.

Radio

Offnung
Lieferung Radio-An-
lagen billig in 10
Minuten. Garantie
für gewöhnliche
Geräte und Be-
dienung. Melde-
ter Weg lohnt.
Offnung, Dresde-
ner Straße 99.
tein Kabell.

Vermischtes

Gute Seelen
sämtliches Brenn-
material und Kar-
tellen. Spandau,
Delbeistraße 28.

Werkzeuge

Werkzeuge
Kaufhaus verkeh-
ren im Gebiet
Münzer, Hobb-
straße 37.

Arbeiter, taucht hier

Brennmaterial
bei dem Geschäft
Karl Meier,
Spandau, Hatten-
jägerer Str. 32.

VOLKSBUHNE

Theater am Bülowplatz

3 und 8 Uhr:

Zum 70. Geburtstag
Gerhart Hauptmanns

Fuhrmann Henschel

Herm. Riede, Beusselstr. 31

fl. Fleisch- und Wurstwaren

CASINOTHEATER

30. Uhr Lothringer Str. 37

Für wenig Geld ein ganz besonderer Abend

Neu Ehen von heute

Dazu ein bunter Teil. Eine Operette

Gutscheine für 1-4 Personen:

Parke 0.50, Fauteuil 1.00, Sessel 1.50

Achtung! Achtung!

Für die Wahlpropaganda!

Schallplatten

mit Reden revolutionärer Führer

Heinz Neumann, Wilhelm Fleck, Willy Münzer, Maria Berg, Ernst

Putz, Kurt Müller, Max Holz, Lene Overlach, Margit Reuss

Sonderpreis bis zum 13. März 1.50 Mk.

5 Prozent Rabatt für den Wahlfonds bis zum 13. März 1932

auf alle Preise für Vervielfältigungsapparate und Zubehör

(iz unserer Preisliste Nr. 2)

Transparent- und Fahnenstoff

wasch- und lichtecht pro m 0.45 Mk.

Büro- und Organisationsbedarf GmbH., Berlin
NO 43, Neue Königstraße 53 56, 1. Etage